



Presseschau vom 16.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Daniil Bessonow: Zivilisten im Donbass unter Beschuss der ukrainischen Artillerie – kein Aufschrei des Westens

Mit dem erneuten ukrainischen Angriff auf zivile Ziele zeigt die Regierung in Kiew durch den Artillerieterror, bei dem gezielt Häuser, Schulen und Kliniken beschossen werden, ihr wahres Gesicht. Die "zivilisierte Welt" zeigt wenig Anteilnahme am Schicksal der Opfer. ...

<https://kurz.rt.com/30wc> bzw. [hier](#)

Mirko Lehmann: Habeck leugnet Folgen westlicher Sanktionen: Russland wolle mit reduzierten Gasmengen "verunsichern"

Das Bundeswirtschaftsministerium scheint eine Chaos-Strategie zu verfolgen, abgehoben von den energiepolitischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Landes. Die Drosselungen russischer Gaslieferungen kommen der grünen Agenda gerade recht. Und der Minister verdreht bei seinen Erklärungen gerne Ursache und Wirkung. ...

<https://kurz.rt.com/30wr> bzw. [hier](#)

Alexei Sakwasin, Elisaweta Komarowa: "Sie schüren Konflikte": Moskaus Reaktion auf die Forderung, der Ukraine Atomwaffen zu geben

Mit seinen Äußerungen provoziert der EU-Abgeordnete und ehemalige polnische Außenminister Sikorski einen nuklearen Konflikt im Zentrum Europas. Er schlägt vor, der Ukraine Atomwaffen bereitzustellen. Der Westen habe hierzu das Recht, so der Politiker. ...

<https://kurz.rt.com/30s0> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Billigung von Straftaten": Ermittlungen gegen Alina Lipp für ihren Blog "Neues aus Russland"

Seit Monaten "warnen" einige Medien vor der deutschsprachigen Bloggerin Alina Lipp, die auf ihrem Telegram-Kanal angeblich "Putins Kriegspropaganda" verbreite. Nun ist bekannt geworden, dass sogar staatsanwaltschaftlich gegen sie ermittelt wird. Gelder von ihrem deutschen Konto sind bereits "beschlagnahmt". ...

<https://kurz.rt.com/30ww> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:40 de.rt.com: NYT: USA wollen Kiew nicht zu Gesprächen drängen

Die New York Times [gibt](#) angesichts des bevorstehenden Treffens westlicher Vertreter diese Woche in Brüssel einen interessanten Einblick in die euro-atlantischen Befindlichkeiten – und die europäische Besorgnis über die Kosten und Risiken des Krieges in der Ukraine, die sich ausweiten würden.

Über das militärische Vorgehen Kiews schreibt die Zeitung: Die russische Artillerieüberlegenheit im Kampf um den Donbass habe die ukrainischen Kommandeure gezwungen, dort zu kämpfen, wo die Infanterie eine Chance hat: im Nahkampf in den Städten. Auf die Frage, warum die Ukraine die Stadt Sewerodenezk, in der es zu heftigen Straßenkämpfen gekommen ist, so hartnäckig verteidige, anstatt sich zurückzuziehen und die

Verluste zu verringern, habe einer der engsten Berater des ukrainischen Präsidenten, Michail Podoljak, auf die Erfolge der Ukraine in den Städten und Vororten verwiesen. Er sagte wörtlich:

"Die Russen kämpfen schlecht in den Städten ... In den Städten ist es möglich, zu manövrieren und Deckung zu finden, und man kann die Verluste minimieren. Man kann länger widerstehen und den Russen erhebliche Verluste zufügen."

Diesem Eingeständnis zufolge scheint es für die ukrainische Seite also vorteilhaft zu sein, in Städten zu kämpfen – zur Erhöhung der Verluste.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62aa1da448fbef73b0436e4d.jpg>

Der Berater des ukrainischen Präsidenten Michail Podoljak während der russisch-ukrainischen Verhandlungen in Gomel/Weißrussland, 28. Februar 2022

21:00 de.rt.com: **Telegraph: Russische Streitkräfte nehmen zwei US-Söldner bei Charkow fest**

Wie RIA Nowosti unter Berufung auf den britischen Telegraph [berichtet](#), hat das russische Militär zwei US-Söldner in den Vororten von Charkow gefangen genommen.

"Zwei ehemalige US-Militärs wurden während eines Gefechts mit russischen Truppen in der Ukraine gefangen genommen. Sie wurden letzte Woche während eines heftigen Gefechts in den Außenbezirken von Charkow gefangen genommen",

berichtete die britische Zeitung unter Berufung auf ihre Kameraden.

Medienberichten zufolge haben Alexander Druke, 39, und Andy Huynh, 27, auf der Seite der ukrainischen Streitkräfte gekämpft. Es wird angenommen, dass sie die ersten Amerikaner sind, die vom russischen Militär gefangen genommen wurden, so der Telegraph.

Ein amerikanischer Kollege gab an, dass die Söldner während der Schlacht in der Nähe von Charkow verschwanden, nachdem man ihnen gesagt hat, die Stadt sei leer. Es stellte sich aber heraus, dass sich dort bereits russische Soldaten befanden. Weder die gestarteten Drohnen noch das Suchteam am Boden hatten sie oder ihre Ausrüstung finden können, und ein "russischer Telegram-Kanal" habe später gemeldet, dass zwei US-Soldaten in der Nähe von Charkow gefangen genommen worden seien. Die Zeitung nannte die betreffende Quelle jedoch nicht.

"Wir sind die einzigen Amerikaner, die in diesem Gebiet kämpfen", zitierte die Zeitung die Quelle. Zuvor soll Druke im Irak gedient haben. Seine Mutter sagte, er habe nach seiner Rückkehr an einer posttraumatischen Belastungsstörung gelitten.

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, betonte, dass es sich bei den in der Ukraine eingetroffenen Söldnern nicht um Kämpfer handle und "das Beste, was sie erwartet, ist eine lange Haftstrafe". Er stellte fest, dass die ausländischen Kämpfer nach dem humanitären Völkerrecht nicht den Status von Kombattanten haben.

21:30 de.rt.com: **Russischer Sondergesandter: Syrien bleibt Priorität der russischen**

Außenpolitik

Die Beilegung des Konflikts in Syrien hat für Russland trotz des Krieges in der Ukraine weiterhin hohe Priorität. Dies betonte der russische Sondergesandte des Präsidenten für Syrien, Alexander Lawrentjew. Der Politiker äußerte sich ausführlich zur Lage in dem Land. Zu Beginn der internationalen Gespräche zu Syrien im Astana-Format hat der russische Sondergesandte des Präsidenten für Syrien, Alexander Lawrentjew, Stellung zu den Problemen in der Region genommen. Lawrentjew betonte, dass sich Russlands Militäreinsatz in der Ukraine nicht auf die Aufmerksamkeit für die Lage in Syrien ausgewirkt habe. Wörtlich hieß es:

"Einige europäische Länder wollen, dass sich die Situation in Syrien nach ihren eigenen Vorstellungen entwickelt. Ich möchte daher sagen, dass der Syrienkonflikt und seine Beilegung weiterhin eine Priorität der russischen Außenpolitik sind."

Dem Sondergesandten zufolge werde Russland das syrische Volk weiterhin bei der Stabilisierung der Lage und beim Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft unterstützen. Lawrentjew äußerte sich auch zu einer möglichen neuen Militäroperation der Türkei in Nordsyrien.

Russland halte dies für einen unklugen Schritt, der die Spannungen in der Republik erhöhen werde. Russland werde seine türkischen Gesprächspartner in Nur-Sultan auffordern, von diesem Schritt abzusehen und die Bedenken im Rahmen eines Dialogs beider Seiten auszuräumen.

Bezüglich des bestehenden Mechanismus der grenzüberschreitenden Hilfe für Syrien erklärte der Sondergesandte, dass es an der Zeit sei, dieses Verfahren zu beenden. Bislang habe der Westen keine Schritte in Richtung einer Lockerung der Sanktionen unternommen, so Lawrentjew. Weiter hieß es:

"Dieser Mechanismus wurde als vorübergehende Maßnahme geschaffen, und es ist wahrscheinlich an der Zeit, dass die gesamte von der internationalen Gemeinschaft geleistete Hilfe legal über Syrien, über Damaskus, läuft. Das ist die derzeitige Position Russlands."

Laut Lawrentjew seien die Verpflichtungen für einen Wiederaufbau seitens des Westens nicht eingehalten worden. Unter diesen Umständen werde Russland die Einstellung des grenzüberschreitenden Mechanismus in Betracht ziehen:

"Vielleicht werden wir auch über die Entwicklung neuer Mechanismen für eine akzeptable Unterstützung und den Wiederaufbau der syrischen Wirtschaft durch die internationale Gemeinschaft nachdenken."

Wiederum setzen die USA unter dem Vorwand, die Terrororganisation Islamischer Staat zu bekämpfen, ihre "plündernden Aktivitäten" im Nordosten Syriens fort, so Lawrentjew. Daher solle die Frage der illegalen Präsenz der USA im Nordosten erörtert werden:

"In Wirklichkeit sind die US-Einheiten vor Ort hauptsächlich damit beschäftigt, die Ölfelder zu schützen und dadurch faktisch das syrische Nationalvermögen zu plündern."

Lawrentjew unterstrich, dass dies die syrische Bevölkerung daran hindere, ein menschenwürdiges Leben zu führen:

"Dennoch muss auch dem barbarischen Raubbau, von dem Damaskus natürlich keine Dividende erhält und keine menschenwürdige Versorgung seiner syrischen Bürger gewährleisten kann, ein Riegel vorgeschoben werden."

Zur Sprache kamen auch die israelischen Angriffe auf syrisches Gebiet, die als inakzeptabel bezeichnet wurden. Alexander Lawrentjew erinnerte an den jüngsten Angriff auf den internationalen Flughafen in Syrien, bei dem die Start- und Landebahn beschädigt wurde, sodass keine internationalen Flüge mehr abgewickelt werden können. Der Sondergesandte versicherte, die Schäden würden im Laufe der Zeit repariert. Darüber hinaus werde bei den Gesprächen auch die Frage der syrischen Flüchtlinge zur Sprache kommen:

"Dies ist eine sehr wichtige Frage angesichts der Absicht der Türkei, die Bedingungen für die Ansiedlung der mehr als 1,5 Millionen syrischen Flüchtlinge auf dem von der Türkei

kontrollierten Territorium zu schaffen, die sich derzeit auf dem Gebiet der Türkei befinden." In diesem Zusammenhang wies Alexander Lawrentjew darauf hin, dass sich die Einstellung gegenüber Flüchtlingen in einigen Ländern ändert:

"Insbesondere der Libanon spricht sich dagegen aus, Gelder für die Unterbringung syrischer Flüchtlinge in den Aufnahmeländern bereitzustellen; vielmehr sollen direkt in deren Heimatland menschenwürdige Bedingungen geschaffen werden."

Im Hinblick auf die nächste Sitzung des syrischen Verfassungsausschusses erklärte Lawrentjew, dass Russland die Wahl eines neuen Tagungsortes für notwendig halte, da Genf seinen neutralen Status verloren habe. Dem Sondergesandten des russischen Präsidenten für Syrien zufolge müsse die Wahl des neuen Veranstaltungsortes sorgfältig geprüft werden. Die Verhandlungen in Astana (seit März 2019 Nur-Sultan; das Format der Gespräche behält seine ursprüngliche Bezeichnung) über die Beilegung des Konflikts in Syrien wurden vom russischen Präsidenten Wladimir Putin initiiert.

Am 14. Dezember 2016 vereinbarten die beiden Staatschefs Russlands und der Türkei, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan, in einem Telefongespräch, einen Dialog zwischen den Konfliktparteien herzustellen und den Prozess der Friedensgespräche nicht nur in Genf zu führen. Nur-Sultan, die Hauptstadt Kasachstans, wurde daraufhin als Ort für das neue Format gewählt. Der Vorschlag Wladimir Putins, eine zusätzliche Plattform für den syrischen Friedensprozess zu schaffen, wurde auch vom kasachischen Präsidenten, Nursultan Nasarbajew (Amtszeit von 1990 bis 2019), unterstützt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62aa0a5a48fbef55a576e9cd.jpg>

21:40 de.rt.com: **Nach Drosselung von Gazprom-Lieferungen: Ukraine erklärt sich bereit, Gastransit durch Station Sudscha zu erhöhen**

Der Betreiber des ukrainischen Gasfernleitungsnetzes (OGTSU) hat die Bereitschaft angekündigt, das Transitvolumen durch die Gasmessstation Sudscha auf Anfrage von Gazprom zu erhöhen. Dies teilte das Unternehmen auf seinem Telegram-Kanal mit. Die Mitteilung erschien wenige Stunden, nachdem der russische Energiekonzern die Reduktion seiner maximalen Liefermengen durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 bekannt gegeben hatte.

Es verlautete aus der Erklärung des Netzbetreibers:

"Um den europäischen Ländern bei der Vorbereitung auf die nächste Heizsaison zu vermitteln, ist OGTSU bereit, eine zusätzliche vorübergehende Erhöhung des Transitvolumens auf ein Volumen zu erwägen, das den ausbleibenden Transport durch Nord Stream 1 vollständig kompensieren kann, vorbehaltlich der entsprechenden Anfrage von Gazprom."

OGTSU fügte hinzu, zusätzliche 15 Millionen Kubikmeter Gas pro Tag über den Anschlusspunkt Sudscha auf der RBP-Auktionsplattform zu versteigern. Darauf folgend habe

Gazprom die Möglichkeit, den Transit durch die Ukraine um 82,4 Millionen Kubikmeter pro Tag zu erhöhen, so der Netzbetreiber.

22:00 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Kiew wiederholt das Mariupol-Szenario im Asot-Werk**

Die Agentur RIA Nowosti [schreibt](#), Kiew habe beschlossen, das "Mariupol-Szenario" im Asot-Werk von Sewerodonezk zu wiederholen, wie der Leiter des russischen nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement, Generaloberst Michail Misinzew, am Mittwoch mitgeteilt hat.

"Das Kiewer Regime hat wieder einmal sein wahres Gesicht und seine völlige Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben unschuldiger Frauen, Kinder und älterer Menschen gezeigt, die von wahnsinnigen Terroristen im Asot-Werk gefangen gehalten werden. Indem Kiew ihnen scheinheilig nicht befahl, den Widerstand einzustellen, hat es sie in Wirklichkeit zu weiteren 'Märtyrern ernannt', genau wie in Mariupol", so Misinzew.

Der von Kiew ernannte Chef der Militärverwaltung der Region Lugansk, Sergej Gajdaj, sagte am Vortag, dass etwa 500 Bewohner im Chemiewerk verblieben seien, darunter 40 Kinder. Nach Angaben des Botschafters der Lugansker Volksrepublik in Russland, Rodion Miroschnik, befinden sich etwa 300 bis 400 ukrainische Soldaten in dem von den alliierten Streitkräften blockierten Komplex.

Die Kämpfe um Sewerodonezk dauern seit Anfang Mai an. Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat letzte Woche erklärt, die Wohngebiete der Stadt seien vollständig befreit worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62aa324848fbef74780a40ea.jpg>
Explosionen bei den Kampfhandlungen um Sewerodonezk, 13. Juni 2022

22:40 de.rt.com: **Selenskij nimmt Einladungen zu G7- und NATO-Gipfeln an**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat die Einladungen zu den Gipfeln von G7 und NATO Ende Juni angenommen. Das schrieb er am Mittwoch auf Twitter. Selenskij wörtlich: "Ich habe dankbar die Einladungen von Partnern zu wichtigen internationalen Treffen angenommen."

Zur Gruppe der sieben führenden westlichen Industrienationen habe Bundeskanzler Olaf Scholz ihn eingeladen. Die Einladung zur NATO komme von Generalsekretär Jens Stoltenberg. Selenskij äußerte sich nicht, ob er dafür seine Hauptstadt Kiew verlassen werde oder wie zu anderen Konferenzen per Video-Link zugeschaltet werde.

Auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte am Mittwoch, es sei noch nicht klar, ob Selenskij anreisen oder aus seinem Amtssitz in Kiew zugeschaltet werde. Er sagte:

"Er ist willkommen, persönlich zu kommen. Wenn das für ihn nicht möglich ist, wird er per Videokonferenz zu uns sprechen."

Das G7-Treffen soll vom 26. bis 28. Juni in dem alpinen Luxushotel Schloss Elmau in Bayern stattfinden. Die westliche Militärallianz soll direkt danach, am 28. Juni, in der spanischen Hauptstadt Madrid tagen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62aa3d89b480cc48f76147aa.jpg>

22:55 de.rt.com: **Donezker Entbindungsklinik: Beim Beschuss durch ukrainische Streitkräfte wurden die wichtigsten Abteilungen beschädigt, darunter auch die Kinderintensivstation**

Der Telegram-Kanal Readovka berichtet, dass beim Beschuss der Donezker Geburtsklinik durch ukrainische Einheiten die wichtigsten Abteilungen zerstört oder beschädigt wurden. Dmtrij Mironenko, ein Gynäkologe und Geburtshelfer, erklärte den Militärkorrespondenten von Readovka, welche Abteilungen am meisten unter dem Beschuss gelitten hätten. Wie sich herausstellte, war der am stärksten beschädigte Teil des Gebäudes der wichtigste – er beherbergte die Abteilungen für pädiatrische Intensivpflege und Gravigationsblut Chirurgie (Blutreinigung). Mironenko betonte:

"Der am stärksten beschädigte Teil des Gebäudes beherbergt die Abteilungen der Schwerkraftblut Chirurgie und dahinter die Kinderintensivstation. Dies sind die wichtigsten Abteilungen unseres Zentrums, die sich auch im fünften Stock befinden – gerade dieser Teil unserer geburtshilflichen Einrichtung wurde am meisten beschädigt."

Unmittelbar nach dem Russlandtag, am 13. Juni, beschossen die ukrainischen Streitkräfte alle zentralen Stadtteile von Donezk, es gab mehrere Tote und zahlreiche Verletzte. Einige Gebäude wurden schwer beschädigt. Das Wischnewski-Krankenhaus im Zentrum von Donezk war keine Ausnahme. Das Dach des Gebäudes sei zerstört worden, überall gingen Fenster zu Bruch und Eingänge wurden durch Schutt und Trümmer blockiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62aa3ef348fbef7024660e71.png>

Der Gynäkologe Mironenko erläutert die durch Beschuss entstandenen Schäden an der Donezker Entbindungsklinik

vormittags:

6:00 de.rt.com: **Astana-Format: Russland warnt vor einer türkischen Invasion in Syrien**

In der kasachischen Hauptstadt haben am Mittwoch neue Friedensgespräche für Syrien begonnen, die von Russland und der Türkei sowie Iran organisiert worden sind. Im Vorfeld des Treffens betonte der russische Vertreter, dass die Lösung des Konflikts in Syrien ungeachtet der Militäroperation in der Ukraine für Russland Vorrang habe.

In der kasachischen Hauptstadt Nur-Sultan haben am Mittwoch neue Friedensgespräche für Syrien begonnen, die von Russland und der Türkei sowie Iran organisiert worden sind. Die russische Delegation wird von dem russischen Sondergesandten des Präsidenten für Syrien, Alexander Lawrentjew, geleitet.

Im Vorfeld der Gespräche sagte Lawrentjew, dass die Lösung des Konflikts in Syrien ungeachtet der Militäroperation in der Ukraine für Russland Vorrang habe. Wenn irgendjemand im Westen darauf hoffe, dass Russland in Syrien Schwäche zeige, dann warte er vergebens.

"Es wird gesagt, dass Russlands Aufmerksamkeit gegenüber Syrien angesichts der militärischen Sonderoperation in der Ukraine abgenommen hat. Einige europäische Staaten wollen, dass sich die Lage in Syrien nach ihren Vorlagen entwickelt. Nun, ich möchte sagen, dass die Beilegung des syrischen Konfliktes immer noch zu den Prioritäten der russischen Außenpolitik gehören."

Dabei warnte der russische Diplomat vor einer möglichen türkischen Invasion in Syrien: Das wäre aus Sicht der Kremlführung ein unvernünftiger Schritt, der zu einer Destabilisierung der Lage in Syrien führen könne, zu einer neuen Spirale der militärischen Konfrontation in der Region.

Laut Lawrentjew glaubt Russland, es sei nun höchste Zeit, den Mechanismus der grenzüberschreitenden Hilfe in Syrien für beendet zu erklären. Er sagte:

"Viele sind derzeit besorgt über die künftige Funktion des grenzüberschreitenden Mechanismus. Wie Sie wissen, läuft die Resolution 2585 am 10. Juli aus. Bisher haben wir keine westlichen Schritte zur Lockerung der Sanktionen gesehen."

Russland hat bislang versucht, die grenzüberschreitende Hilfe für Syrien als ein Mittel zur Lockerung der Sanktionen gegen Syrien oder die Unterstützung des Wiederaufbaus des Landes zu nutzen.

"Dieser Mechanismus wurde als vorübergehende Maßnahme konzipiert, und anscheinend ist es an der Zeit, die gesamte Hilfe der internationalen Gemeinschaft über Damaskus abzuwickeln, und zwar aus legitimen Gründen", sagte er im Vorfeld des internationalen Syrien-Treffens im Astana-Format.

In letzter Zeit haben die USA Russland im UN-Sicherheitsrat unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe mehrfach dazu aufgefordert, die Genehmigung für den Grenzübergang Bab al-Hawa an der türkischen Grenze zu verlängern. Russland hingegen will die Hilfslieferungen künftig über Syriens Hauptstadt Damaskus abgewickelt sehen, damit Syrien die Kontrolle über seine gesamte Grenze wiedererlangen kann.

Die drei Schutzmächte organisieren seit 2017 im Astana-Format Gespräche über den Syrien-Konflikt. Eine UN-Delegation unter der Leitung von Robert Dunn, Hauptbeauftragter für politische Angelegenheiten des Sondergesandten für Syrien, eine jordanische Delegation, Vertreter des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz sind ebenfalls als Beobachter an dem neuen Treffen beteiligt. Die teilnehmenden Parteien werden in der neuen Runde des Astana-Formats unter anderem die Bedingungen für die sichere Rückkehr syrischer Flüchtlinge aushandeln und Gespräche über eine neue syrische Verfassung führen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a9d5fe48fbef55a576e979.jpg>

6:15 de.rt.com: **Steigende Lebensmittelpreise: Unruhen in zahlreichen Ländern in Nahost und Afrika drohen**

Laut einer Studie könnte es vorwiegend in Afrika und dem Nahen Osten wegen der extrem ansteigenden Preise zu sozialen Konflikten kommen. Besonders gefährdet sind demnach nordafrikanische Länder, Länder im Nahen Osten, aber auch Bosnien-Herzegowina und die Türkei.

Laut einer Studie zu den Auswirkungen der steigenden Preise für Getreide und andere Konsumgüter könnte es vorwiegend in Afrika und dem Nahen Osten zu sozialen Konflikten kommen. Elf Staaten, die Nettoimporteure von Lebensmitteln sind oder auf Importe knapp gewordener Nahrungsmittel wie Getreide angewiesen sind, seien besonders gefährdet, schreibt der Kreditversicherer Allianz Trade in einer am Dienstag vorgelegten Studie. Dies seien Algerien, Tunesien, Bosnien-Herzegowina, Ägypten, Jordanien, der Libanon, Nigeria, Pakistan, die Philippinen, die Türkei und Sri Lanka. Ein weniger großes Risiko sozialer Konflikte besteht demnach in Ländern wie Rumänien, Bahrain oder Kasachstan.

In einigen Ländern könne der Preisanstieg bei Lebensmitteln sogar zum Sturz von Regierungen wie im sogenannten Arabischen Frühling führen, warnte der Versicherer. Auch vor den damaligen Massenprotesten in mehreren arabischen Ländern seien die Lebensmittelpreise um 50 Prozent gestiegen. Heute liege der Weizenpreis sogar schon über dem Niveau, das im Jahr 2012 erreicht wurde.

Einem UN-Bericht zufolge könnten in diesem Jahr bis zu 181 Millionen Menschen in 41 Ländern aufgrund des Konflikts in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf die Getreide-

und Düngemittelausfuhren von schwerer Nahrungsmittelknappheit betroffen sein. Nach Angaben der Vereinten Nationen könnte sich die Situation über das Jahr 2022 hinaus sogar noch verschlechtern: Im Jahr 2023 werden voraussichtlich weltweit 19 Millionen Menschen mehr von chronischer Unterernährung betroffen sein, wenn die Lebensmittelexporte aus Russland und der Ukraine weiter zurückgehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62aa015048fbef56f269975e.jpg>

7:05 de.rt.com: **Bis zu 1.000 Soldaten täglich – Kiew gesteht hohe Verluste ein**

Das ukrainische Militär beklagt den Verlust von bis zu 1.000 Soldaten täglich. David Arachamija, der Vorsitzende der ukrainischen Regierungspartei Volksdiener, erklärte, jeden Tag würden 200 bis 500 ukrainische Soldaten getötet. Darüber hinaus gebe es viele Verwundete.

Kiew verliert bis zu 1.000 Soldaten täglich. Im Schnitt würden 200 bis 500 Mann getötet und es gebe eine ungefähr gleich große Anzahl an Verwundeten, schreibt das US-Nachrichtenportal Axios mit Verweis auf David Arachamija, den Vorsitzenden der ukrainischen Regierungspartei Volksdiener.

Hiermit gestehen die Kiewer Machthaber die bisher größten Verluste unter ukrainischen Soldaten ein.

Arachamija befindet sich aktuell zu Besuch in Washington.

Am Monatsanfang hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij von einer Verlustrate von 60 bis 100 Mann täglich gesprochen. Mark Milley, der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte, sprach jedoch von etwa 100 Getöteten und bis zu 300 Verwundeten täglich. Dies seien die vom US-Militär geschätzten Verluste.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62aad17c48fbef73b0436e8e.png>

Plastiksäcke mit Leichen ukrainischer Soldaten, Kämpfern der rechtsextremen Terrormiliz

*Asow und ermordeten Zivilisten in den Katakomben des Metallurгиеkombinats Asowstahl.
Mariupol, 25. Mai 2022*

7:50 de.rt.com: **In der Volksrepublik Donezk zum Tode verurteilte Söldner erhalten Urteilsschrift**

Ausländische Söldner aus dem Vereinigten Königreich und Marokko, die in der Donezker Volksrepublik wegen Teilnahme an einem versuchten Regierungssturz zum Tode verurteilt worden sind, haben eine Übersetzung ihrer jeweiligen Urteilsschrift erhalten. Dies teilte das Oberste Gericht der Volksrepublik Donezk der russischen Nachrichtenagentur TASS mit: "Sie haben den vollständigen Wortlaut des Urteils erhalten, der für sie in Einhaltung des Gesetzes übersetzt wurde."

Das Oberste Gericht der Volksrepublik Donezk hat bisher keine Gnadengesuche der zum Tode verurteilten ausländischen Kämpfer erhalten, teilte das Gericht mit:

"Derzeit sind keine Petitionen von ihnen eingegangen."

Am 9. Juni verurteilte das Oberste Gericht der DVR Shaun Pinner und Aiden Aslin sowie Brahim Saadoun zum Tode, weil sie als Söldner gemeinsam mit ukrainischen bewaffneten Verbänden an Kampfhandlungen teilgenommen hatten. Sie wurden im Donbass gefangen genommen.

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin erklärte Medienvertretern, er sehe keinen Grund, die in der Republik zum Tode verurteilten ausländischen Söldner zu begnadigen.

8:15 de.rt.com: **Mehrheit befragter Europäer für sofortige Zugeständnisse der Ukraine an Russland zwecks Konfliktbeilegung**

In ganz Europa zeichnet sich eine Spaltung der öffentlichen Meinung zum Thema Ukraine-Konflikt ab: Glaubt man einer von der europäischen Denkfabrik ECFR in Auftrag gegebenen Umfrage, deren Ergebnisse am Mittwoch [veröffentlicht](#) wurden, so sind diejenigen unter den Europäern, die auf einem baldigen Friedensschluss zwischen Kiew und Moskau bestehen, weitaus zahlreicher als solche, die auf einer angeblichen Notwendigkeit bestehen, die Russische Föderation bei deren Einsatz in der Ukraine zu besiegen.

Genau genommen stimmten 35 Prozent der Befragten darin überein, dass eine schnellstmögliche Beendigung der Feindseligkeiten am wichtigsten sei – "selbst wenn dies bedeutet, dass die Ukraine die Kontrolle über einige Gebiete an Russland abgibt".

Nur 22 Prozent gaben der gegenteiligen Aussage den Vorzug, dass es am wichtigsten sei, Russland für seine Handlungen zu bestrafen – "selbst wenn dabei mehr Ukrainer sterben und gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen".

Der Rest der Befragten, also knapp die Hälfte, stimmte beiden Aussagen teilweise zu oder konnte sich nicht dazu äußern.

Der ECFR stellt fest, dass die Europäer in der Frage der langfristigen Ziele des Westens beim Ukraine-Konflikt geteilter Meinung sind, obwohl die große Mehrheit nach wie vor Solidarität mit der Ukraine bekundet und die Sanktionspolitik unterstützt. Nicht zuletzt waren die Befragten zu gleichen Teilen besorgt über steigende Preise und über die Gefahr eines Atomkriegs aufgrund der Fortsetzung des Konflikts.

8:26 de.rt.com: **China sagt Russland Unterstützung zu**

Peking werde mit Moskau auch weiterhin in Fragen der Souveränität und Sicherheit zusammenarbeiten. Dies verkündete der chinesische Präsident bei einem Telefonat mit dem russischen Staatsoberhaupt. Man sei bereit, die Kooperation in internationalen Organisationen zu stärken.

Chinas Präsident Xi Jinping hat seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin in einem Telefongespräch am Mittwoch mitgeteilt, dass Peking Moskau in Fragen der Souveränität und

Sicherheit weiterhin unterstützen werde. Xi wurde von der staatlichen chinesischen Medienanstalt CCTV wie folgt zitiert:

"China ist gewillt, Russland in Fragen, die unsere Kerninteressen wie Souveränität und Sicherheit betreffen, weiterhin gegenseitige Unterstützung zu bieten, die strategische Koordination zwischen den beiden Ländern zu intensivieren und die Kommunikation und Koordination in wichtigen internationalen und regionalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, den BRICS und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit zu verstärken." In dem Telefongespräch, das auf Xis 69. Geburtstag fiel, stellten die beiden Staatsoberhäupter fest, dass die Beziehungen zwischen Russland und China "ein beispielloses hohes Niveau erreicht haben und sich ständig verbessern", so der Pressedienst des Kremls.

Putin betonte, dass Moskau alle Versuche externer Kräfte abwehre, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen, wie zum Beispiel die Einmischung des Westens in Fragen um Xinjiang, Hongkong und Taiwan.

Zum Konflikt in der Ukraine merkte Xi laut chinesischen Staatsmedien an, dass Peking stets unabhängige Urteile gefällt habe. Er rief alle Konfliktparteien dazu auf, eine friedliche Lösung zu finden, wobei die chinesische Führung bereit sei, eine konstruktive Rolle in diesem Prozess zu spielen.

Es war das zweite Telefonat zwischen Putin und Xi, seit Russland am 24. Februar eine Offensive in der Ukraine gestartet hat. Im Gegensatz zu den USA, dem Vereinigten Königreich, Kanada, der EU, Japan, Australien und mehreren anderen Staaten hat China keine Sanktionen gegen Russland verhängt. Die chinesische Regierung ruft zwar zum Frieden auf, hat aber auch Verständnis für die Sicherheitsbedenken Moskaus und verurteilt die Waffenlieferungen des Westens an Kiew.

Ende Februar enthielt sich Peking bei der Abstimmung über eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, in der das Vorgehen des Kremls verurteilt wurde.

Washington versucht wiederholt, Peking unter Druck zu setzen, damit es eine vom Westen erwünschte Position einnimmt. Bisher hat sich die chinesische Regierung jedoch geweigert, feindliche Maßnahmen gegen Russland zu ergreifen. Peking sieht in Moskau einen strategischen Partner.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62aab69948fbef17ac5c162a.jpg>

8:50 de.rt.com: **Waffen geben, um weitere Menschen zu opfern: Mexiko verurteilt NATO-Vorgehen gegenüber der Ukraine**

Der mexikanische Präsident Andrés Obrador hat das Vorgehen der NATO in der Ukraine kritisiert. Die westliche Politik in der Ukraine sei absolut unmoralisch und trage nur zu weiterem Blutvergießen bei. Der Staatschef ist überzeugt, der Krieg hätte verhindert werden können.

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador hat die westlichen Länder für ihren Umgang mit dem Konflikt in der Ukraine kritisiert und gemahnt, dass weitere ausländische Waffenlieferungen nur zu noch mehr Blutvergießen führen würden.

Bei seiner täglichen Pressekonferenz am Montag äußerte sich Obrador vor Reportern zum Ukraine-Russland-Konflikt. Zwar nannte er keine einzelnen Länder, betonte aber, dass diejenigen, die Waffen nach Kiew schicken – eine Politik, die von den USA und den meisten ihrer NATO-Verbündeten stark befürwortet wird –, dazu beitragen, die Zahl der Opfer auf allen Seiten zu erhöhen:

"Wie einfach ist es zu sagen: 'Ich schicke so und so viel Geld für Waffen – ich liefere die Waffen und ihr liefert die Toten. Das ist unmoralisch.'"

Obrador fügte hinzu:

"Hätte der Krieg in der Ukraine nicht vermieden werden können? Doch, natürlich. Die Politik ist gescheitert. Sehen Sie sich den Schaden an, den sie verursacht, und den Verlust von Menschenleben."

Der Präsident ging nicht näher darauf ein, wie die Feindseligkeiten hätten verhindert werden können. Er forderte jedoch, dass "diese Politik nicht länger fortgesetzt werden darf" und beklagte, sie werde von "Eliten" und nicht "dem Volk" betrieben.

Obwohl Mexiko bereits zuvor erklärt hatte, dass es den Angriff Russlands auf sein Nachbarland nicht unterstütze, weigerte es sich zugleich, sich den westlichen Sanktionen gegen die russische Wirtschaft anzuschließen, und sah von Waffenlieferungen an die Regierung in Kiew ab. Obrador erklärte letzten Monat, sein Land wolle sich gegenüber dem Konflikt "neutral verhalten", ungeachtet des Drucks aus Washington, dessen Gesandter Ken Salazar zuvor mexikanische Beamte aufgefordert hatte, "mit der Ukraine solidarisch zu sein". Die NATO setzt ihre Bemühungen zur Aufrüstung der Ukraine fort. Der Generalsekretär der Allianz, Jens Stoltenberg, verkündete diese Woche, dass Kiew zusätzliche schwere Waffen erhalten sollte. Der niederländische Premierminister Mark Rutte, der am Dienstag Gastgeber eines Treffens zwischen Stoltenberg und sechs weiteren NATO-Mitgliedern war, unterstützte diese Haltung und betonte, dass der von den USA geführte Militärblock "geschlossen" hinter der Ukraine stehen müsse:

"Da es nicht zu einer direkten Konfrontation zwischen NATO-Truppen und Russland kommen kann, müssen wir dafür sorgen, dass die Ukraine diesen Krieg führen kann und sie Zugang zu allen notwendigen Waffen hat."

Weltweit führend bei Waffenlieferungen an die Ukraine sind weiterhin die USA. Seit März lieferte das Land schwere und leichte Waffen im Wert von mehreren Milliarden Dollar, darunter Artilleriegeschütze, Mehrfachraketenwerfer, Drohnen, Hubschrauber sowie Panzer- und Luftabwehrraketen. Kiew forderte jedoch darüber hinaus weitere Militärhilfe. Ein Berater des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskis legte am Montag eine lange "Wunschliste" vor, in der er Tausende gepanzerter Fahrzeuge, 500 Panzer, 1.000 Haubitzen und eine Reihe anderer Waffen forderte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62aa28d2b480cc6ffd3e9255.jpg>

Gräber auf dem Friedhof der Siedlung Mangusch in der Donezker Volksrepublik

8:57 de.rt.com: **Kanzler Scholz in Kiew eingetroffen – Treffen mit Selenskij geplant**
Bundeskanzler Olaf Scholz, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der italienische Ministerpräsident Mario Draghi sind am Donnerstagmorgen mit einem Sonderzug in der ukrainischen Hauptstadt eingetroffen. Sie wollen sich mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskij treffen.

Seit Mitte März sind zahlreiche Staats- und Regierungschefs in die Ukraine gereist. Nun ist auch Bundeskanzler Olaf Scholz gemeinsam mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi in Kiew eingetroffen. Sie sind mit einem Sonderzug nach Kiew gereist. Die drei Politiker wollen sich in der ukrainischen Hauptstadt unter anderem mit Präsident Wladimir Selenskij treffen. Scholz sagte diesbezüglich:

"Es ist wichtig, wenn jetzt die Regierungschefs der drei großen Länder, die schon bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dabei waren, nach Kiew fahren und in dieser ganz besonderen Situation des Krieges ihre Unterstützung für die Ukraine und die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine zeigen."

Der SPD-Politiker betonte zugleich:

"Wir wollen aber nicht nur Solidarität demonstrieren, sondern auch versichern, dass die Hilfe, die wir organisieren, finanziell, humanitär, aber auch wenn es um Waffen geht, fortgesetzt werden wird."

Man werde die Unterstützung so lange fortsetzen, "wie das nötig ist für den Unabhängigkeitskampf der Ukraine". Gleichzeitig werde man noch einmal klarstellen, dass die verhängten Sanktionen gegen Russland von großer Bedeutung seien. Scholz unterstrich: "Denn sie tragen dazu bei, dass die Chance besteht, dass Russland sein Vorhaben aufgibt und seine Truppen wieder zurückzieht. Denn das ist ja das Ziel."

Auch das Thema der Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union soll auf der Agenda stehen. Die Staats- und Regierungschefs der EU sollten bei einem Gipfel am 23. und 24. Juni über den Antrag aus Kiew entscheiden. Die Ukraine hatte kurz nach Beginn der russischen Militäroperation einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt.

Der französische Präsident hatte bei einem Besuch am Dienstag in den ukrainischen Nachbarländern Rumänien und Moldawien erklärt, dass eine "Botschaft der Unterstützung" an die Ukraine gesendet werden müsse, bevor die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen in Brüssel "wichtige Entscheidungen" treffen würden. Macron unterstrich:

"Wir befinden uns in einem Moment, in dem wir klare politische Signale an die Ukraine und das ukrainische Volk senden müssen – wir Europäer, wir, die Europäische Union."

Zugleich betonte der französische Staatschef, dass man die Ukraine zwar unterstütze, aber keinen Krieg gegen Russland führe. Macron sagte außerdem, sie alle wollten, dass es eine Feuerpause gebe und die Verhandlungen wieder aufgenommen würden.

In Kiew war der rumänische Präsident Klaus Iohannis zur Reisegruppe dazugestoßen, der eine andere Reiseroute genommen hatte.

Die Reise der drei Staats- und Regierungschefs soll mehr als zehn Stunden gedauert haben. Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur dpa sei Scholz zunächst am Mittwochabend nach Südpolen gefolgt. Von der Grenzstadt Przemyśl wurde die Reise mit einem Sonderzug mit neun Waggons fortgesetzt. Der Zug fuhr demnach kurz vor Mitternacht Richtung Kiew los. Kurz vor der Reise von Scholz, Macron und Draghi nach Kiew hatte der ukrainische Präsident seine Forderung nach Lieferung weiterer schwerer Waffen von Europa wiederholt. Zugleich forderte er die europäischen Länder dazu auf, einer EU-Mitgliedschaft seines Landes zuzustimmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62aadf94b480cc3cad47eff1.jpg>

Mario Draghi, Emmanuel Macron und Olaf Scholz (v.l.) sind mit einem Zug nach Kiew gereist.

9:05 de.rt.com: "Ohne militärische Notwendigkeit verboten" – Internationales Rotkreuzkomitee über ukrainischen Beschuss von Krankenhäusern im Donbass besorgt

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist besorgt über die jüngste Zunahme der Feindseligkeiten im Donez-Becken in der Ostukraine. Der Leiter der regionalen IKRK-Delegation in Russland und Weißrussland Ichtijar Aslanow erklärte dies gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS am Rande des Internationalen Wirtschaftsforums in Sankt Petersburg:

"Die Intensität der Feindseligkeiten im Donbass hat zugenommen, und wir sind sehr besorgt darüber."

Aslanow wies gesondert darauf hin, dass zivile Infrastruktur, einschließlich Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen, nun verstärkt angegriffen wird. Nach internationalem Recht sind solche Einrichtungen jedoch eindeutig und ausdrücklich als geschützt definiert, betonte der IKRK-Vertreter:

"Es ist verboten, zivile Infrastrukturen ohne militärische Notwendigkeit anzugreifen."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 16.6.22 um 10:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 400 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm- und 60mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starb ein Zivilist und einer wurde verletzt**. 46 Wohnhäuser, 8 zivile Infrastrukturen und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 3 Lastwagen und 47 Mann vernichtet. 3 Feuerstellungen des Feindes im Gebiet von Awdejewka und

Nowgorodskoje wurden beseitigt.

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Wenn sie Augenzeugen von Verbrechen ukrainischer Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos davon zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden die genannten Materialien als Beweisbasis für die Bestrafung der ukrainischen Kriegsverbrecher mit der gesamten Strenge des Gesetzes verwendet werden.

9:50 de.rt.com: **Ukraine droht mit Zerstörung der längsten Brücke Europas**

Sollte der Westen der Ukraine entsprechende Waffen liefern, wird Kiew damit die Brücke über die Straße von Kertsch zerstören. Das verkündete ein ukrainischer General in einem am Mittwoch veröffentlichten Interview mit einem aus US-Staatsgeldern finanzieren Medium. Die Ukraine sollte die Brücke, die die Krim über die Straße von Kertsch mit dem russischen Festland verbindet, ins Visier nehmen, sobald sie die erforderlichen Waffen vom Westen erhält. Diese Drohung sprach der ukrainische Generalmajor Dmitri Martschenko am Mittwoch in einem Interview mit dem von der US-Regierung finanzierten Nachrichtenportal Krim.Realii aus. Die Webseite ist ein Projekt von Radio Free Europe/Radio Liberty, das zur staatlich finanzierten US Agency for Global Media gehört.

Martschenko betonte:

"Die Brücke von Kertsch ist absolut unser wichtigstes Ziel."

Damit meinte er die längste Brücke Europas, die 2018 eröffnet wurde. Der General fuhr fort: "Als Hauptweg für die Zufuhr von Reserven müssen wir ihn einfach abschneiden. Sobald dieser Weg abgeschnitten ist, werden sie in Panik geraten. Und glauben Sie mir, diejenigen, die in Simferopol russische Fahnen gehisst haben, werden sich schnell ukrainische Fahnen besorgen und sie stattdessen hissen."

Martschenkos Äußerungen waren Teil eines am Mittwoch veröffentlichten Interviews, in dem er eine ukrainische "Gegenoffensive" ankündigte, die Kiew bis zum Ende des Sommers zum Sieg verhelfen solle. Vorausgesetzt, die USA und ihre NATO-Verbündeten lieferten "ausreichend Waffen und Munition".

Zuvor hatte US-Präsident Joe Biden militärische Unterstützung im Wert von einer Milliarde US-Dollar angekündigt, darunter Anti-Schiffs-Raketen, Langstreckenraketen und Artillerie. Während Washington nur vier HIMARS-Raketenwerfer in Aussicht gestellt hat, haben auch andere NATO-Verbündete die Lieferung entsprechender Ausrüstung zugesagt. Der Leiter des Pentagons teilte am Dienstag mit, dass die USA Lenkraketen mit einer Reichweite von 70 Kilometern bereitstellen würden.

Kiew hat Washington "zugesichert, dass es diese Systeme nicht gegen Ziele auf russischem Territorium einsetzen wird", sagte US-Außenminister Antony Blinken Anfang des Monats.

Die USA weigern sich jedoch, die Krim als russisches Territorium anzuerkennen und bezeichnen die Halbinsel, deren Bevölkerung im März 2014 mit überwältigender Mehrheit für den Wiederanschluss an Russland gestimmt hat, als "illegal annektiert".

Weiter bleibt unklar, mit welchen Mitteln Martschenko die Brücke zerstören will. Bereits zuvor hatte Kiew mit Angriffen gedroht. Während die Brücke tatsächlich mehrere Jahre lang die einzige Möglichkeit war, die Krim vom russischen Festland aus zu erreichen, befindet sich derzeit die gesamte Schwarzmeerküste von Cherson bis Mariupol unter der Kontrolle russischer Streitkräfte und deren Verbündeten aus den Donbass-Republiken.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62aad50848fbef7024660e9a.jpg>

Krim-Brücke über die Meerenge von Kertsch

10:08 de.rt.com: **Cherson-Vizeverwalter: Verwaiste Minderjährige und nach dem Beginn der russischen Operation Geborene im Gebiet automatisch russische Bürger**

Automatisch, also ohne Antrag, die russische Staatsbürgerschaft erhalten im Gebiet Cherson in der Südostukraine alle minderjährigen Waisenkinder sowie alle, die nach dem 24. Februar 2022, also dem Beginn des russischen militärischen Sondereinsatzes in der Ukraine, geboren wurden. Dies schreibt die russische Nachrichtenagentur TASS mit Verweis auf den Vize-Leiter der zivil-militärischen Verwaltung des Gebiets Cherson Kirill Stremoussow:

"Im Gebiet Cherson erhalten Kinder, die nach dem 24. [Februar 2022] geboren wurden, automatisch die Bürgerschaft der Russischen Föderation. Und verwaiste Kinder haben diese Bürgerschaft bereits bekommen."

Am 25. Mai unterzeichnete Russlands Präsident Wladimir Putin ein Dekret, wonach für Bewohner der ukrainischen Regionen Saporoschje und Cherson ein vereinfachtes Antragsverfahren auf den Erhalt der russischen Staatsbürgerschaft eingeführt wird. Am 11. Juni erhielten die ersten Einwohner des Gebiets Cherson russische Pässe; die offizielle feierliche Zeremonie wurde jedoch auf den Russlandtag gelegt, der am 12. Juni begangen wird.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 16.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

29 Mann;

7 Schützenpanzerwagen;

3 Fahrzeuge.

Die Volksmiliz der LVR ist bestrebt, das Leben ukrainischer Soldaten zu retten und ruf dazu auf, die Waffen niederzulegen, so werfen Artillerieeinheiten der Volksmiliz weiter Flugblätter über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte ab.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keinen Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **22 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ **auf Stachanow, Krinitschnoje und Troizkoje abgefeuert und einen taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“ gegen Swatowo eingesetzt.**

Durch Beschuss

- starben in Stachanow 5 Menschen (darunter 2 Minderjährige) und 15 Zivilisten wurden verletzt (darunter ein Minderjähriger). 16 Mehrparteienwohnhäuser und 2 private Häuser sowie der Kindergarten „Kolokoltschik“ und der Supermarkt „Absolut“ wurden beschädigt;

- wurde in Troizkoje ein ziviler Einwohner verletzt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien.

So hat die Volksmiliz der LVR gestern humanitäre Güter vom Gouverneur der Oblast Rostow für die Einwohner von Frunse geliefert.

11:03 de.rt.com: **Puschilin: wegen westlicher Waffenlieferungen Vorrücken über DVR-Grenzen hinaus notwendig**

In einem Interview mit RIA Nowosti hat das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, erklärt, dass Waffenlieferungen des Westens die Streitkräfte der Republik dazu zwingen würden, über die Grenzen der DVR hinaus vorzurücken:

"Indem der Gegner neue Waffen erhält, zwingt man uns de facto, nicht an der Grenze halt zu machen. Warum? Weil wir die Sicherheit der Bürger der Donezker und Lugansker Volksrepubliken gewährleisten müssen."

Sollte die Ukraine Waffensysteme mit größerer Reichweite erhalten, müssten "entsprechende Entscheidungen" getroffen werden, so Puschilin weiter.

Zuvor hatten Russlands Vertreter mehrmals davor gewarnt, dass Waffenlieferungen an die Ukraine zu einer Eskalation des Konflikts beitragen würden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62aae9f5b480cc410f4d8cab.jpg>

11:26 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium berichtet über Abschuss eines ukrainischen Su-25-Kampfflugzeuges**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat auf seinem Presse-Briefing am Donnerstagvormittag über weitere Angriffe Russlands auf Militärobjecte in der Ukraine berichtet. So seien im Gebiet Charkow mit hochpräzisen Luftraketen zwei Kommandopunkte, eine Anlage zur elektronischen Kampfführung, eine Totschka-U-Startrampe und ein Mehrfachraketenwerfer des Typs Uragan zerstört worden.

Konaschenkow zufolge habe die russische Luftwaffe 57 Ansammlungen von Personal und Technik der ukrainischen Streitkräfte getroffen. Dabei seien im Gebiet Sumy drei Kommandopunkte, ein Flugabwehrraketekomplex des Typs Buk-M1 und in der Nähe von Charkow ein Reparatur- und Wartungszentrum für ukrainische Panzer zerstört worden. Bei den Luftangriffen seien mindestens 280 ukrainische Nationalisten ums Leben gekommen. Der Militärsprecher berichtete auch von einem abgeschossenen ukrainischen Su-25-Kampfflugzeug. Es sei von der russischen Flugabwehr im Gebiet Charkow zerstört worden. Außerdem hätten die Streitkräfte im Himmel über dem Gebiet Charkow und der Volksrepublik Lugansk sieben ukrainische Drohnen abgeschossen. In der Nähe der Ortschaft Stachanow sei zudem eine ballistische Rakete des Typs Totschka-U abgefangen worden. Darüber hinaus habe die Flugabwehr mehrere Attacken mit Mehrfachraketenwerfern des Typs Uragan abgefangen.

Bei russischen Artillerieangriffen seien mehr als 200 ukrainische Soldaten getötet worden. Darüber hinaus hätten die Streitkräfte Russlands eine Anlage zur elektronischen Kampfführung, sechs Panzer und andere Panzerfahrzeuge sowie einen Mehrfachraketenwerfer des Typs Grad außer Gefecht gesetzt, erklärte Konaschenkow. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 204 Flugzeuge, 131 Hubschrauber, 1.218 Drohnen, 340 Flugabwehrraketekomplexe, 3.569 Panzer und andere Panzerfahrzeuge, 526 Mehrfachraketenwerfer sowie 1.968 Geschütze und Mörser verloren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62aaf1d548fbef74780a415a.jpg>

Wrackteile eines abgeschossenen ukrainischen Su-25-Kampfflugzeugs im Gebiet Cherson, 15. März 2022

Denis-pushilin.ru: „Das Wichtigste ist jetzt, die Menschen zu unterstützen“: Denis Puschilin über die vorrangigen Aufgaben der Regierung der DVR neben der Befreiungsoperation

Am Mittwoch, dem 15. Juni, besuchte das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin das mobile Studio der Sendung „Antonyme“ in Sankt Petersburg und unterhielt sich mit russischen Journalisten und dem gesellschaftlichen Aktivisten Anton Krassowskij.

Über die Geschwindigkeit der Befreiungsoperation

- Jede Beschleunigung würde eine Vergrößerung der Zahl der Opfer nach sich ziehen, darunter auch unter unseren Soldaten. Weil sie auf weniger vorbereitete Positionen kommen müssen und es gibt eine Menge weiterer Momente. Und es ist ein zusätzliches Risiko für die Zivilbevölkerung.

Wir könnten natürlich, wie es viele wollen, mit dem Säbel zuschlagen wie die Amerikaner im

Irak, alles dem Erdboden gleichmachen. Aber für die Amerikaner sind das fremde Menschen, aber für uns unsere eigenen.

Über Gerechtigkeit und Richtigkeit

- Was gibt uns immer Kraft? Es gibt einige Komponenten, warum es jetzt eine solche Unterstützung von Seiten der Regionen der Russischen Föderation, einfacher Menschen gibt. Weil ein russischer Mensch nicht vorüber gehen kann, wenn Ungerechtigkeit geschieht. Man kann eine Menge Beispiele anführen, wir werden unsere Zeit unsere Zeit nicht darauf verwenden. Ein russischer Mensch kann sich nicht mit Ungerechtigkeit abfinden, es ist ein inneres Gefühl. Das ist das erste. Und das zweite: ein russische Mensch kann Berge versetzen, wenn er in sich führt, dass das richtig ist. Das sind nun zwei Komponenten: das Gerechtigkeitsgefühl und das Gefühl der Richtigkeit.

Über Schlüsseletappen der Befreiung

- In der Lugansker Volksrepublik sind die vereinten Kräfte jetzt bei Sewerodonezk und Lissitschansk aktiv. Diese sind von strategischen Gesichtspunkt wichtig. Weiter dann Slawjansk, dort gibt es in den letzten Tagen auch Erfolg, wir kommen voran. Aus Richtung Krasnyj Liman entwickelt sich auch die Angriffsoperation. Weiter komm Krasnoarmejsk. Dort sind geringe Kräfte des Gegners, aber dennoch sind dort Munitionslieferungen für den Gegner möglich. Die Straße, über die sowohl Reserven als auch Munition und anderes kommen können, ist dort nicht endgültig abgeschnitten. Aber es ist auch klar, was dort geschehen muss.

Über das heutige Russland

- Wissen Sie, wodurch sich Russland, das heutige Russland, auszeichnet? Dadurch, dass es die internationalen Gesetze nicht verletzt und im Rahmen der internationalen Gesetzgebung, des internationalen Rechts tut es sogar unnötige Dinge.

Über die Hauptaufgaben von Donezk und Lugansk neben dem militärischen Ziel

- Das ist einfach: das Wichtigste ist jetzt, die Menschen zu unterstützen. Es ist eine große Zahl von Menschen und wir haben die Verantwortung, sie mit allem Notwendigen zu versorgen. Dort, wo sie leben werden, dort, wo sie arbeiten werden, dort, wo ihre Kinder lernen werden.

11:43 de.rt.com: Ankara: Lösungsvorschläge zum NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands reichen nicht aus

Die Türkei bezeichnete die von der NATO und den nordischen Staaten angebotenen Kompromisse im Streit um deren NATO-Beitritt als ungenügend. Ankara wirft beiden Staaten die Unterstützung der in der Türkei als Terrororganisation eingestuften PKK vor.

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu hat erklärt, dass die Angebote der beiden nordischen Staaten Schweden und Finnland zur Besänftigung der türkischen Bedenken gegen deren NATO-Mitgliedschaft weiter unterhalb der Erwartungen Ankaras liegen würden, wie die amtliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu berichtete.

Çavuşoğlu, der auf einer Pressekonferenz nach einem Treffen mit der norwegischen Außenministerin Anniken Huitfeldt und dem Außen- und Verteidigungsminister Irlands Simon Coveney sprach, antwortete auf die Frage, wie lange die Türkei noch Veto gegen den Eintritt der beiden nordischen Staaten in die NATO einlegen werde, dass das von der Antwort dieser Staaten auf die Bedenken der Türkei abhängen.

Die Türkei habe sowohl Schweden und Finnland als auch der NATO die Erwartungen des Landes klar und in schriftlicher Form mitgeteilt, so der türkische Spitzendiplomat. Çavuşoğlu wies zudem darauf hin, dass die Türkei zu den Ländern gehöre, die die Aufnahme weiterer Mitglieder in die NATO am stärksten unterstützen. Der türkische Außenminister erklärte:

"Jetzt müssen wir eine Vereinbarung darüber treffen, wie diese beiden Länder unsere Erwartungen erfüllen werden und wann sie sie erfüllen werden."

Çavuşoğlu sagte, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan heute und gestern mit

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Telefon über diese Thematik gesprochen habe. Sowohl die NATO als auch Schweden hätten der Türkei jeweils Entwürfe von Dokumenten zur Lösung des Streites übermittelt, so der türkische Außenminister. Die vorgeschlagenen Kompromisse kommentierte Çavuşoğlu wie folgt:

"Wir haben sowohl der NATO als auch diesen Ländern mitgeteilt, dass die uns übermittelten Dokumente bei Weitem nicht unseren Erwartungen entsprechen. Wir werden sie nun zusammenstellen und sammeln und ihnen unsere eigene Antwort übermitteln. Wir haben dem Generalsekretär (Stoltenberg) gestern und heute gesagt, dass, wenn es eine Grundlage für Verhandlungen geben soll, diese auf dem von uns übermittelten Dokument basieren sollte."

Der Ball liege jetzt bei der Gegenseite, so der türkische Außenminister.

Am Mittwoch hatte Stoltenberg erklärt, dass die NATO die Bedenken der Türkei zum Beitritt Schwedens und Finnlands ernst nehme. Die Entscheidung der beiden Staaten zum Beitritt nannte er "historisch". Stoltenberg sagte:

"Wir arbeiten jetzt aktiv an den nächsten Schritten des Beitrittsprozesses, und dabei berücksichtigen wir die Sicherheitsbedenken aller Verbündeten."

Die NATO suche nach Wegen, diese Bedenken so schnell wie möglich zu lösen.

Die Türkei hatte sich gegen den sofortigen Beitritt der beiden nordischen Staaten ausgesprochen, da Ankara ihnen die Unterstützung der in der Türkei als Terrororganisation eingestuften Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vorwirft.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62aae9bbb480cc43ec6053bc.jpg>

Dan-news.info: „Wenn der Gegner neue Waffen erhält, zwingt er uns im Grunde, nicht an der Grenze Halt zu machen. Warum? Weil wir die Bürger der DVR und der LVR schützen müssen“, sagte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin gegenüber RIA Nowosti. Eine entsprechende Entscheidung müsse getroffen werden, falls der Gegner weitreichende Waffen erhält.

11:51 de.rt.com: **Aus Asot-Werk geflohene Zivilisten berichten von ausländischen Söldnern**

Unter den ukrainischen Verteidigern der Chemiefabrik Asot in Sewerodonezk, die zurzeit von den Streitkräften Russlands und der Lugansker Volksrepublik eingeschlossen ist, sollen sich zahlreiche ausländische Söldner befinden. Eine Zivilistin namens Anna, die seit dem 5. April mit ihren Verwandten und Kindern in einem Luftschutzraum des Werks gelebt hatte, [berichtete](#) darüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Es gibt viele Söldner, sehr viele. Ich weiß nicht, wie viele genau, sie hielten sich getrennt von allen anderen und kommunizierten meist in Englisch oder in anderen Fremdsprachen."

Die Frau fügte hinzu, dass ukrainische und ausländische Militärs den Zivilisten verboten hätten, die Keller zu verlassen und ihren Verwandten von außen nicht erlaubten, Lebensmittel zu bringen. Sie konnte mit ihren Verwandten und Kindern erst am 10. Juni fliehen.

Am Mittwoch hatten die Streitkräfte der LVR einen humanitären Korridor eingerichtet, um Zivilisten ein Verlassen des Werks zu ermöglichen. Dieser wurde allerdings von ukrainischer Seite unter Beschuss genommen. Die Anzahl der ausländischen Söldner im Asot-Werk wurde vom Assistenten des Innenministers der Lugansker Volksrepublik Witali Kiseljow auf 500 bis 600 geschätzt.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/JzbN010-OtfqgJ7SukeTzdbRCI-HRhpakRgrlkeey0VrXsZtrZUrs-0slJ81PkjG4tyDwqdH91xwFvBe5jmCieFuh2GkcEv7zEkTIyMBmhUSHy6avC97dySHu0ZmABszSK0q4gDA_rrqeyMd3OLLIYj57667vPu3Ql1EA4S-fz6QU4GCx1yGw92FhN2eDhQcp6sLG-9h2PtoJAS57hL36nGKogVWhBlC67bT6Bao28cKJl1B7k7xzllC1pFdINTmeqwZPmB-3v4j3rEuMYF9AMin3W4xeRNzDepU98-Yr9b_wKKCSatrdB5otIVV3OxWxQwjSeBv6VKCsqr4uKQ

nachmittags:

12:07 de.rt.com: **Botschafter Melnik begrüßt Scholz-Besuch in Kiew als "wichtiges Signal"**

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrei Melnik, hat den Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz in seinem Land als "wichtiges Signal" bezeichnet. Dies sollte "ein neues Kapitel deutscher Unterstützung für die Ukraine aufschlagen", sagte Melnik am Donnerstag der Deutschen Presse-Agentur. Es brauche dringend eine neue Weichenstellung. Er ergänzte:

"Die Ukrainer hoffen, dass der Bundeskanzler nicht mit leeren Händen kommt, sondern ein solides Paket militärischer Hilfen in seinem Reisekoffer mitbringt."

Es gehe darum, dass Deutschland zügig weitere schwere Waffen liefere, vor allem Artilleriegeschütze wie die Panzerhaubitze 2000 sowie Mehrfachraketenwerfer Mars II. Melnik ferner:

"Man erwartet auch, dass der Kanzler im Anschluss an seine Zusage für die erste Einheit von Iris-T weitere moderne Luftabwehrsysteme zusichert, um die Zivilbevölkerung vor russischem Raketenbeschuss zu schützen."

Der Botschafter nannte den Besuch außerdem einen guten Anlass, "die Blockade für Leopard-1-Kampfpanzer und Marder-Schützenpanzer aufzuheben, um die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine gegen die groß angelegte Offensive Putins zum Ersticken zu bringen." Mit Blick auf eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine sagte er:

"Für die künftige EU-Mitgliedschaft wünschen sich die Ukrainer von Kanzler Scholz, dass er die Gewährung vom Kandidatenstatus ohne künstliche Konditionen verkünden wird. Das wäre ein gewaltiges Zeichen seitens der Ampel, um die ukrainische Zivilgesellschaft und die notwendigen Reformen – trotz des Angriffskriegs – voranzubringen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62aaf29d48fbef77e3123813.jpg>

12:26 de.rt.com: **Slowakei liefert Waffen an die Ukraine**

Die Slowakei hat der Ukraine zwei Hubschrauber vom Typ [Mi-17](#), einen Hubschrauber vom Typ [Mi-2](#) sowie Munition für Mehrfachraketenwerfer vom Typ [BM-21](#) "Grad" übergeben. Dies berichtete die Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Verweis auf Bratislavas Verteidigungsminister Jaroslav Nad'.

Wie die bisherigen Waffenlieferungen, wird auch die der Slowakei aus den Mitteln des Europäischen Friedensfonds vergütet, so die Meldung unter Verweis auf Nad' weiter. Der Verteidigungsminister fügte hinzu, dass die der Ukraine zur Verfügung gestellten Hubschrauber aus den Beständen der slowakischen Luftwaffe bereits ausgemustert wurden und durch modernere Hubschrauber vom Typ [UH-60M Black Hawk](#) ersetzt worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62aaf4ebb480cc410f4d8cb7.jpg>

Slowakischer Mi-17-Hubschrauber

12:40 de.rt.com: **Bundesnetzagentur schlägt Absenkung der Mindesttemperatur als Sparmaßnahme vor**

Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, will den Druck auf private Haushalte und Firmen erhöhen, Gas zu sparen. Die Rheinische Post zitiert ihn mit den Worten:

"Im Mietrecht gibt es Vorgaben, wonach der Vermieter die Heizungsanlage während der Heizperiode so einstellen muss, dass eine Mindesttemperatur zwischen 20 und 22 Grad Celsius erreicht wird. Der Staat könnte die Heiz-Vorgaben für Vermieter zeitweise senken."

Es sei wichtig, so viel Gas zu sparen wie möglich, um über den nächsten Winter zu kommen, so Müller. Unternehmen sollten mit Prämien zum Gassparen animiert werden. Es sei immer besser, wenn Anpassungen über Preise als über dirigistische Vorgaben geschehen. Der Netzentur-Chef erwartet weiter steigende Gaspreise und kräftige Nachzahlungen.

13:42 (12:42) novorosinform.org: **Truppen der LVR betraten das Territorium von "Asot" in Sewerodonezk**

Das Industriegebiet von Sewerodonezk wird immer noch von den Streitkräften der Ukraine kontrolliert, aber die LVR-Soldaten haben sich dem Werk bereits genähert und versuchen, den Gegner von dort zu vertreiben, sagte das Oberhaupt der LVR, Leonid Pasetschnik.

"Wir sind dorthin gegangen, aber wir haben es immer noch nicht geschafft, die bewaffneten ukrainischen Verbände von dort vollständig zu vertreiben. Auf jeden Fall werden wir unser Ziel erreichen, es braucht Zeit", sagte Pasetschnik laut dem Telegram-Kanal "Berichte von der Donbass-Miliz".

Die genaue Zahl der Kämpfer des Kiewer Regimes, die sich auf dem Territorium von Asot befinden, ist noch unbekannt, aber laut Pasetschnik werde dies bald klar sein.



https://novorosinform.org/content/images/68/57/46857_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Beim Treffen einer Delegation der DVR mit dem syrischen Präsidenten Baschar Assad erklärte dieser, dass er unverzüglich das Außenministerium anweisen werde, alle Vorbereitungen für eine Anerkennung der DVR und der LVR zu treffen.

12:58 de.rt.com: **Russlands Zentralbankchefin: Außenbedingungen für Russland womöglich für immer verändert**

Die Chefin der russischen Zentralbank, Elwira Nabiullina, hat am Donnerstag auf dem Stankt Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum (SPIEF) erklärt, dass die russischen Geldhäuser dazu anregt werden sollten, statt laufender Gewinne Projekte zur Transformation der Wirtschaft zu finanzieren. Die Stabilität des Finanzsystems bezeichnete die russische Zentralbankchefin dabei als absolute Priorität.

"Die Stabilität des Finanzsystems ist sehr wichtig, und wir werden dafür zweifellos sorgen."

Die dringliche Aufgabe des russischen Finanzsystems bestehe darin, einen auf Partnerschaften beruhenden internationalen Zahlungsverkehr aufzubauen, fügte Nabiullina hinzu und erklärte, dass die Außenbedingungen für Russland für eine lange Zeit verändert hätten, wenn nicht für immer. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, Flexibilität an den Tag zu legen und schnell auf die sich stets ändernde Situation zu reagieren.

13:12 de.rt.com: **Chef der Volksrepublik Donezk will "alle russischen Städte" in der Ukraine "befreien"**

Der Chef der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, hat am Rande des Sankt Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums (SPIEF) dazu aufgerufen, alle russischen Städte in der Ukraine zu "befreien". So beantwortete er die Frage der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti nach dem Schicksal von Odessa wie folgt:

"Es ist notwendig, alle russischen Städte zu befreien."

Darüber hinaus schloss Puschilin nicht aus, dass die Ukraine als Staat bald überhaupt verschwinden könnte.

"In einer absehbaren Zukunft könnte es die Ukraine als Staat einfach nicht mehr geben."

Das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk sagte ferner, der ukrainische Präsident Selenskij sollte wegen der im Donbass begangenen Kriegsverbrechen vor ein internationales Gericht gestellt werden.

Zuvor hatte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, die Frage in den Raum gestellt, ob die Ukraine in zwei Jahren überhaupt noch auf der Weltkarte zu finden sein werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62aaff3448fbef73b0436ed1.jpg>

Odessa, 19. Mai 2022

13:33 de.rt.com: **Berater des ukrainischen Innenministers: Macron, Scholz und Draghi wollen Kiew zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Moskau bewegen**

Eines der Ziele des Besuchs des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz, des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und des italienischen Premierministers Mario Draghi in Kiew bestehe darin, die Ukraine zurück an den Verhandlungstisch mit Russland zu bringen. Das erklärte der Berater des ukrainischen Innenministers, Wiktor Andrussiw, am Donnerstag via Telegram. Er schrieb:

"Nach meinen Informationen bringen Macron, Scholz und Draghi uns die EU-Kandidatur und... eine Bitte, zum Verhandlungsprozess [mit Russland – Anm. d. Red.] zurückzukehren."

Wie der Berater des russischen Präsidenten und Leiter der russischen Delegation bei den Verhandlungen mit der Ukraine, Wladimir Medinski, zuvor am Rande des Internationalen Wirtschaftsforums in Sankt Petersburg erklärt hatte, unterhielten die russische und die ukrainische Seite hin und wieder telefonischen Kontakt. Kiew wolle die Verhandlungen aber "nicht in der bisherigen Form fortsetzen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ab083b48fbef73e06e3468.jpg>

Der Sonderbeauftragte des ukrainischen Präsidenten für die EU-Beitrittsperspektive, Alexei Tscherbynyschow, begleitet Olaf Scholz, Emmanuel Macron und Mario Draghi während ihres Besuchs in Irpen, 16. Juni 2022

13:49 de.rt.com: **Medienberichte: Waffenwunschlister der Ukraine würden US-Militär schwächen**

Kiew hat eine neue Wunschliste über Waffen vorgelegt, die es angeblich benötigt, um erfolgreich gegen die russische Armee kämpfen zu können. Einige Medien schätzen, dass die angeforderte Menge die Verteidigungsfähigkeit des Westens deutlich verringern könnte. Michail Podoljak, ein hochrangiger Berater des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, hat am Montag eine neue Wunschliste über Waffen vorgestellt, die angeblich benötigt werden, um "Russland aus der Ukraine zu vertreiben". Die neueste Forderung treibt Kiews Nachfrage nach Waffen aus westlicher Produktion bis zum Äußersten, sodass sogar die USA Gefahr laufen, ihre Waffenvorräte zu verlieren, wie mehrere Medien berichten.

Die Forderung umfasst 1.000 155-Millimeter-Haubitzen nach NATO-Standard, 300 Mehrfachraketenwerfersysteme, 500 Panzer, 2.000 gepanzerte Fahrzeuge und 1.000 Drohnen. Dabei bleibt unklar, welche Arten von Drohnen und gepanzerten Fahrzeugen Kiew damit meint.

Eine Erfüllung der Forderungen würde bedeuten, dass die USA – Kiews wichtigster Waffenlieferant – ihr eigenes Militär entwaffnen müssten, wie mehrere westliche Medien berichten.

Die Anzahl der geforderten Mehrfachraketenwerfersysteme (MLRS) entspreche etwa der Hälfte des verbleibenden Waffenbestands Washingtons, berichtete The Guardian unter Berufung auf Zahlen des Internationalen Instituts für Strategische Studien. Die US-Armee verfügt zurzeit über 363 HIMARS-Raketenartilleriegeschütze und 225 M270 MLRS-Raketenwerfer, während die US-Marine weitere 47 besitzt.

Wie das Blatt weiter berichtete, würde die Nachfrage nach 155-Millimeter-Artillerie die USA faktisch aus dem aktiven Bestand reißen, da das Pentagon fast alle seine M777-Haubitzen abgeben müsste, so das Blatt. Jedoch erwähnte die Zeitung nicht, dass die USA eventuell andere, ältere Artilleriesysteme in Reserve haben, die möglicherweise an Kiew geliefert werden könnten.

Als einzige Nachfrage, die relativ leicht zu befriedigen zu sein scheint, gilt der Bedarf an Panzern, da allein die US-Armee schätzungsweise über rund 6.000 Abrams-Panzer verfügt, die eingelagert oder im aktiven Dienst sind, behauptete The Guardian.

Einen anderen Ansatz verfolgte die Financial Times. Das Blatt interpretierte Podoljaks

Forderung nicht als eine völlig neue Liste, sondern als kompletten Kriegsbedarf der Ukraine, der bereits im Rahmen früherer Lieferungen aus westlichen Ländern teilweise erfüllt worden sei. Die Zeitung zählte auch "zugesagte Hardware" und berief sich dabei auf Zahlen der ukrainischen Regierung und der niederländischen Open-Source-Webseite für nachrichtendienstliche Verteidigungsanalysen Oryx.

Selbst wenn man diesen Ansatz zugrunde legt, konnten Podoljaks Wünsche mit rund 270 Panzern, die während des Konflikts "geliefert oder zugesagt" wurden, nur teilweise erfüllt werden. Die Zeitung zählte auch etwa 250 155-Millimeter-Haubitzen auf der Liste, darunter offenbar sowohl gezogene als auch selbstfahrende Geschütze. Am aussichtslosesten scheint die Forderung auf weitere Lieferungen von Mehrfachraketenwerfersystemen zu sein, von denen nur etwa 50 Stück, offenbar ältere sowjetische Abschussvorrichtungen, die von mehreren europäischen Staaten geliefert wurden, auf der Liste stehen.

Neben mehreren anderen Ländern haben die USA und das Vereinigte Königreich die Ukraine sowohl vor als auch seit Beginn des Konflikts aktiv mit verschiedenen Waffen beliefert.

Moskau hat den Westen wiederholt davor gewarnt, "die Ukraine mit Waffen vollzupumpen", da dies den Konflikt nur verlängern würde, ohne an dessen Ausgang etwas zu ändern.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62aac8cfb480cc51576f7604.jpg>

13:50 de.rt.com: **Medwedew sieht keinen Nutzen im Kiew-Besuch von Draghi, Macron und Scholz**

In einem [Twitter-Beitrag](#) hat der stellvertretende Vorsitzende von Russlands Sicherheitsrat, Dmitri Medwedew, den laufenden Besuch von Italiens Ministerpräsident Mario Draghi, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz in Kiew verspottet. Medwedew nannte die europäischen Politiker "Liebhaber von Fröschen, Leberwurst und Spaghetti" und behauptete, dass der Nutzen des Besuchs "gleich null" sei. Der Zweck der Zugreise "wie vor hundert Jahren" würde sich auf Versprechen "eines EU-Beitritts und alter Haubitzen" beschränken. Medwedew fügte hinzu:

"Das bringt die Ukraine dem Frieden nicht näher. Und die Zeit läuft davon."

15:10 (14:10) [novorosinform.org](#): **Ungarn will Sanktionen gegen Russland nicht weiter unterstützen**

Ungarn werde sich den antirussischen Sanktionen nicht anschließen, die für die EU-

Mitglieder selbst zu schädlich sind. Dies wurde vom ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán in einem Brief an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zum Ausdruck gebracht.

Orbán erinnerte daran, dass sein Land alle Anstrengungen unternommen habe, um die europäische Einheit aufrechtzuerhalten, und sogar alle sechs Maßnahmenpakete gegen Russland unterstützt habe. Der Politiker beharrt jedoch darauf, dass Budapest keine Sanktionen mehr forcieren wolle, da es immer schwieriger werde, den Grundsatz einzuhalten, dass die Maßnahmen Europa nicht mehr schaden als Russland.

Darüber hinaus betonte der Premierminister, dass Ungarn die Verhängung von Sanktionen gegen Vertreter der Russisch-Orthodoxen Kirche, darunter Patriarch Kirill von Moskau und ganz Russland, nicht zulassen werde.

„Die ungarische Verfassung schützt die Religionsfreiheit, deshalb wird Ungarn niemals Sanktionen gegen Kirchenführer und ihre Isolierung von Gläubigen unterstützen“, schrieb Orbán.

Es sei darauf hingewiesen, dass das Vereinigte Königreich heute Patriarch Kirill auf die Sanktionsliste gesetzt hat.



https://novorosinform.org/content/images/68/73/46873_720x405.jpg

14:27 de.rt.com: **Maria Sacharowa bezeichnet US-Militärhilfe als Bedrohung für Ukraine und Europa**

Am Rande des Sankt Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums (SPIEF) hat die russische Außenamtssprecherin, Maria Sacharowa, ein neues Paket der US-Militärhilfe für die Ukraine als "Bedrohung für alle" bezeichnet. Gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti sagte die Diplomatin:

"Erstens ist das eine Bedrohung für die Ukraine selbst, wo der Konflikt nach Ansicht des Westens noch lange andauern soll. Und es ist eine Bedrohung für Europa als Kontinent, wohin diese Waffen über den Schwarzmarkt zurückkehren werden."

Zuvor hatte US-Präsident Joe Biden ein zusätzliches Militärhilfe-Paket für die Ukraine im Wert von ungefähr einer Milliarde US-Dollar angekündigt. Später gab der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, bekannt, dass Washington Kiew nun regelmäßig neue Militärhilfe-Pakete zur Verfügung stellen werde.

14:43 de.rt.com: **Selenskij trifft Scholz, Macron, Draghi und Iohannis in Kiew**

Bei ihrer Reise nach Kiew sind Bundeskanzler Olaf Scholz und drei weitere europäische Staats- und Regierungschefs mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij zu Gesprächen zusammengekommen. Scholz, der französische Präsident Emmanuel Macron,

Italiens Regierungschef Mario Draghi und Rumäniens Präsident Klaus Iohannis wurden am Donnerstagmittag von Selenskij im Marienpalast in Kiew empfangen. Nach einem gemeinsamen Fototermin vor dem Gebäude setzten sich die Spitzenpolitiker an einem runden Tisch zusammen.

Vor dem Treffen hatten die europäischen Gäste den Kiewer Vorort Irpen besucht. Scholz verurteilte dort die "Brutalität des russischen Angriffskriegs". Es sei eine Stadt zerstört worden, in der es überhaupt keine militärischen Strukturen gegeben habe. Rumäniens Staatspräsident Iohannis verlangte unter dem Eindruck der Zerstörung in Irpin erneut, Russlands Gräueltaten vor ein internationales Strafgericht zu bringen. Italiens Ministerpräsident Draghi brachte seine Hoffnung auf einen Wiederaufbau nach dem Krieg zum Ausdruck. Irpen sei ein Ort der Zerstörung, aber auch der Hoffnung, sagte er.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ab1d75b480cc43ae430402.jpg>

Von links nach rechts: Der italienische Premierminister Mario Draghi, Bundeskanzler Olaf Scholz, der ukrainische Staatschef Wladimir Selenskij, der französische Präsident Emmanuel Macron und der rumänische Präsident Klaus Iohannis im Laufe der Gespräche im Marienpalast, Kiew, 16. Juni 2022

14:57 de.rt.com: **Litauen liefert Ukraine gepanzerte Fahrzeuge**

Die Ukraine hat aus Litauen gepanzerte Fahrzeuge als Militärhilfe für den Krieg gegen Russland erhalten. Mit der Übergabe von Mannschaftstransportern des Typs [M113](#) sei eine Lieferung im Wert von etwa 15,5 Millionen Euro abgeschlossen worden, teilte die litauische Armee am Donnerstag in Vilnius mit. Zuvor hatte das EU- und NATO-Mitglied dem ukrainischen Militär bereits zehn Minenräum-Geländefahrzeuge und zehn Lkws zur Verfügung gestellt.

Litauen hat damit nach eigenen Angaben seit dem Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine Ende Februar militärische Hilfe im Wert von rund 115 Millionen Euro geleistet. Unter den zur Verfügung gestellten Waffen waren etwa Stinger-Flugabwehrraketen, Panzerabwehr- und Flugabwehrwaffen sowie Mörser.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ab022348fbef73b0436ed6.jpg>

Ein gepanzerter Mannschaftstransportwagen vom Typ M113 der deutschen Bundeswehr auf dem Truppenübungsplatz Munster, 7. Februar 2022

16:02 (15:02) novorosinform.org: **Selenskij sollte wie ein Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden – Pasetschnik**

Wladimir Selenskij sollte vor einem internationalen Tribunal als Kriegsverbrecher verurteilt werden, sagte der Staatschef der LVR, Leonid Pasetschnik, in einem Interview mit RIA Novosti.

Er [verglich](#) den Präsidenten der Ukraine mit den Hauptkriegsverbrechern des Großen Vaterländischen Krieges. Laut dem Oberhaupt der Republik sei Selenskij, wie Hitler zu seiner Zeit, ein spiritueller Inspirator, und alle Befehle gingen über ihn.

„Und es spielt keine Rolle, ob er den Willen des Westens erfüllt oder unabhängig handelt, das ist seine Wahl, er hat sie getroffen, er tötet Zivilisten, er wird sich dafür verantworten müssen“, sagte ds Oberhaupt der LVR.



https://novorosinform.org/content/images/68/84/46884_720x405.jpg

15:08 de.rt.com: **Russlands EU-Botschafter warnt vor einer möglichen "Gaskatastrophe" für Deutschland**

Die Probleme bei der Reparatur von Gasturbinen für Nord Stream 1 könnten zu einer kompletten Stilllegung der Pipeline führen, warnte Russlands ständiger Vertreter bei der Europäischen Union am Donnerstag. Für Deutschland wäre dies "eine Katastrophe".

Eine Gasturbine der Pipeline Nord Stream 1 kann derzeit nicht aus Kanada, wo sie gewartet

wurde, nach Deutschland geliefert werden. Grund sind gegen Russland verhängte Sanktionen. Russlands EU-Botschafter Wladimir Tschischow sagte am Donnerstag beim Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg, dass weitere Probleme bei der Reparatur der Gasturbinen zu einem vollständigen Stopp der Erdgaslieferungen führen könnten. "Ich denke, das wäre eine Katastrophe für Deutschland", zitiert ihn die russische Zeitung Kommersant. Der Diplomat fügte hinzu, man müsse sich beim Energietechnikkonzern Siemens erkundigen, warum die Turbinen ausgerechnet in Kanada repariert werden. "Ich will keine Ratschläge erteilen, aber in dieser Zeit hätten sie lernen können, wie man zu Hause repariert", sagte er nach Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Zuvor hatte Siemens vor dem Hintergrund westlicher Sanktionen über Probleme bei der Lieferung von Gasturbinen aus Kanada berichtet.

Der russische Energiekonzern Gazprom hat wie angekündigt in der Nacht zum Donnerstag seine Gaslieferungen nach Deutschland durch Nord Stream 1 weiter reduziert. Das Unternehmen begründete den Schritt mit Verzögerungen bei Reparaturarbeiten. Die Gaslieferungen über die Pipeline gingen von 167 auf 67 Millionen Kubikmeter pro Tag zurück.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck nannte die Situation ernst, sie gefährde die Versorgungssicherheit in Deutschland aber nicht. Entgegen der Darstellung Gazproms, der Grund für die Drosselung seien Verzögerungen bei Reparaturarbeiten, vermutet Habeck dahinter eine politische Entscheidung. Kremlsprecher Dmitri Peskow wies die Äußerungen zurück. Die Probleme hingen vielmehr mit den vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen zusammen. Es handele sich nicht um Absicht von russischer Seite. Auch der Energietechnikkonzern Siemens Energy hatte mitgeteilt, dass eine in Kanada überholte Gasturbine aufgrund der Sanktionen gegen Russland derzeit nicht aus Montréal zurückgeliefert werden könne.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ab215e48fbef73e06e34a8.jpg>
Wladimir Tschischow, Russlands ständiger Vertreter bei der Europäischen Union

16:14 (15:14) novorosinform.org: **In Mariupol hat der Bau von 12 fünfstöckigen Gebäuden und einer Poliklinik begonnen**

Auf dem Gelände des Asowskij-Marktes in Mariupol werden Spezialisten des russischen Verteidigungsministeriums 12 fünfstöckige Gebäude und eine Klinik errichten. Das Video von „Perwy Kanal“ vom Ort, an dem das Fundament gegossen wurde, wurde vom Telegram-Kanal der offiziellen Website der DVR [veröffentlicht](#).

Die Videoaufnahmen zeigen Arbeiter, die Beton in die Fundamente der ersten Wohnhäuser gießen. Auf der Baustelle arbeiten Baumaschinen.

Bis zum Herbst sollen die ersten Mieter die neue Wohnanlage beziehen.



https://novorosinform.org/content/images/68/85/46885_720x405.jpg

15:21 de.rt.com: **Großbritannien verhängt Sanktionen gegen Patriarch Kirill**

London hat das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, auf die Sanktionsliste gesetzt. Dies geht aus einer Pressemitteilung auf der Webseite der britischen Regierung hervor. Die Entscheidung wurde auf Kirills Unterstützung der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine zurückgeführt.

Zuvor war der russische Patriarch Anfang Juni wegen des Widerstands der ungarischen Regierung vom sechsten Sanktionspaket der EU ausgenommen geblieben. Regierungschef Viktor Orbán wollte die Sanktionierung des religiösen Führers nicht akzeptieren und begründete seine Haltung "mit der Frage der Glaubensfreiheit ungarischer Religionsgemeinschaften". Orbán hatte diese als "heilig und unveräußerlich" bezeichnet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ab0c5348fbef73e06e3470.jpg>

Patriarch Kirill bei einer Sitzung des Heiligen Synods der Russisch-Orthodoxen Kirche im Danilow-Kloster, Moskau, 7. Juni 2022

16:39 (15:39) novorosinform.org: **Der NATO-Generalsekretär kündigte ein neues Militärhilfepaket für die Ukraine an**

Kiew wird vorgeschlagen, auf die Waffen der Nordatlantischen Allianz umzusteigen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte, es sei möglich gewesen, sich bei einem Treffen von Vertretern der Mitgliedsländer des Bündnisses auf die Entsendung neuer Militärhilfe in die Ukraine zu einigen, berichtet [RIA Novosti](#).

„Das neue Hilfspaket für die Ukraine sieht den Übergang zu Nato-Waffen vor“, heißt es in der

Mitteilung.

Es wurde darauf hingewiesen, dass diese Maßnahme ein hohes Maß an Kompatibilität der ukrainischen Armee mit der Nordatlantischen Allianz gewährleisten werde.



https://novorosinform.org/content/images/68/89/46889_720x405.jpg

15:40 de.rt.com: **Über 3.500 Freiwillige aus Gebiet Saporoschje kämpfen gegen ukrainisches Militär**

Nach Angaben des Mitglieds der militärisch-zivilen Verwaltung des russisch kontrollierten Gebiets Saporoschje, Wladimir Rogow, kämpfen über 3.500 aus der Region stammende Freiwillige gegen die ukrainischen Truppen. Er sagte gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Gegen das Nazi-Regime von Selenski kämpfen mindestens 3.500 Freiwillige aus dem Gebiet Saporoschje."

Laut Rogow diene die überwiegende Zahl der Freiwilligen in Einheiten der Volksmilizen der Donbassrepubliken. Diejenigen, die schon eine russische Staatsbürgerschaft besäßen, kämpften in den Streitkräften Russlands. Ein Teil diene zudem in sonstigen militärischen Strukturen. Rogow erklärte:

"Menschen, die aus Saporoschje stammen, schmieden den Sieg in einer einigen gesamt-russischen Familie Seite an Seite mit den Donezker und Lugansker Volksrepubliken und Bewohnern des großen Russlands."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ab15f048fbef73b0436f07.jpg>

15:57 de.rt.com: **Bundesnetzagentur: Gasliefermengen durch Nord Stream 1 auf 40**

Prozent der Maximalleistung gesenkt

Nach der erneut reduzierten Gasliefermenge des russischen Energiekonzerns Gazprom sind die Lieferungen durch die Erdgasleitung Nord Stream 1 auf etwa 40 Prozent der Maximalleistung zurückgegangen, teilte die Bundesnetzagentur mit. Im Lagebericht zur Gasversorgung der Behörde am Donnerstag hieß es:

"Die Gasflüsse aus der Nord Stream 1 seien gestern ab 23 Uhr auf rund 40 Prozent der Maximalleistung gedrosselt worden."

Dabei gab die Bundesnetzagentur an, "einen kausalen Zusammenhang zwischen dem auf russischer Seite fehlenden Gaskompressor und der großen Lieferreduzierung" zunächst nicht bestätigen zu können. Sie wies außerdem auf einen spürbaren Anstieg der Großhandelspreise infolge der Lieferreduzierung hin.

Trotz der weiter reduzierten Gasliefermenge aus Russland ist die Gasversorgung in Deutschland der Bundesnetzagentur zufolge stabil:

"Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist derzeit gewährleistet."

Nach Angaben der Behörde liegen die aktuellen Füllstände der Speicher in Deutschland bei 55,95 Prozent. Man beobachte die Lage sehr genau und stehe in ständigem Kontakt zu den Unternehmen der Gaswirtschaft, hieß es ferner im Lagebericht.

Indessen rief die Bundesnetzagentur mit Blick auf die weitere Drosselung der Gas-Liefermenge zum Energiesparen auf:

"Die Bundesnetzagentur unterstützt ausdrücklich die Aufforderung, so viel Gas wie möglich einzusparen."

Damit schloss sie sich dem jüngsten Appell des Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck an.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ab248c48fbef747c07d6a9.jpg>

16:00 de.rt.com: Getreideschiffe: Türkei richtet Hotline zwischen russischen und ukrainischen Militärs ein

Wie türkische Medien berichten, hat Ankara eine Hotline zwischen russischen und ukrainischen Generälen eingerichtet. Ziel ist die Ausfuhr von Getreide aus ukrainischen Häfen. Die türkische Marine soll die Eskortierung durch das Schwarze Meer übernehmen. Wie türkische Medien am Mittwoch berichteten, wurde eine Hotline zwischen russischen und ukrainischen Generälen eingerichtet, um mit Getreide beladene Schiffe sicher aus dem Hafen von Odessa bringen zu können. Die Medienberichte stützen sich dabei auf das Verteidigungsministerium in Ankara. In den ukrainischen Häfen sitzen Millionen Tonnen des Lebensmittels fest.

Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar habe eine "Hotline" zwischen den Verteidigungsministerien in Moskau und Kiew eingerichtet, an deren Enden jeweils ein Generalstabsoffizier sitze, um die technischen Probleme bei der Freigabe der Schiffe zu erörtern. Das berichtete der staatliche Rundfunksender TRT am Mittwoch.

"Unsere technische Arbeit geht weiter", wurde Akar von TRT zitiert. Er beschrieb die vorgeschlagene Vereinbarung wie folgt: Die Ukrainer räumen die Minen in ihren Häfen, damit die Schiffe auslaufen können; die russische Marine eskortiert diese Schiffe dann von den Häfen zu den vorgesehenen Sammelplätzen und beseitigt dabei alle verirrten Minen auf dem Weg dorthin. Anschließend soll die türkische Marine die Eskorte durch das Schwarze Meer übernehmen, um die Sicherheit der Schiffe zu gewährleisten.

"Wir wollen die Angelegenheit so schnell wie möglich beenden", so Akar. Und er fügte hinzu: "Wir führen intensive Verhandlungen sowohl mit Russland als auch mit der Ukraine. Beide Seiten haben einige Vorbehalte. Wir arbeiten daran, diese Differenzen zu beseitigen. Wir hoffen auf das Beste."

Der von Akar erwähnte Plan ähnelt dem Vorschlag eines "Getreidekorridors", über den mehrere Medien Anfang des Monats berichtet hatten. Kiew hat diese Idee jedoch öffentlich abgelehnt und Russland weiterhin beschuldigt, Minen vor Odessa zu legen und ukrainisches Getreide zu "stehlen", um es ins Ausland zu verkaufen.

Moskau wiederholte unterdessen seinen Vorwurf, dass die Ukraine die Minen außerhalb von Odessa und anderen Schwarzmeerhäfen gelegt habe. Außenminister Sergej Lawrow sagte, Kiew missbrauche die Getreideschiffe als "Geiseln", um Hilfe aus dem Westen zu erhalten. Seit Februar sind aufgrund des Konflikts mit Russland schätzungsweise 22,5 Millionen Tonnen Getreide in den ukrainischen Häfen liegen geblieben. Auf die Ukraine entfallen rund 9 Prozent der weltweiten Getreideexporte. Weitere 20 Prozent kommen normalerweise aus Russland, wurden aber durch die von den USA und ihren Verbündeten verhängten Embargos gegen die russische Handelsschifffahrt gestoppt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62aae203b480cc73680cbd94.jpg>

17:17 (16:17) novorosinform.org: **Im Westen erkannte man die Sinnlosigkeit von Sanktionen gegen die Verteidigung der Russischen Föderation**

Amanda Miller sagte in einem Artikel für das Air Force Magazine, dass sich die vom Westen seit Beginn der militärischen Spezialoperation verhängten Sanktionen als nutzlos erwiesen hätten, obwohl sie den russischen militärisch-industriellen Komplex lähmen sollten.

Miller zitierte eine Aussage von Richard Connolly, dem Direktor der Beratungsfirma Eastern Advisory Group, dass die russische Armee trotz der Sanktionen weiterhin Geld erhalte und sich entwickle. Russland habe neue Absatzmärkte gefunden, und die Ausgaben des Verteidigungskomplexes seien seit Jahresbeginn deutlich gestiegen.

"Ich denke, die Sanktionen werden die Fähigkeit Russlands zum Bau von Atom-U-Booten, ballistischen Raketen usw. nicht beeinträchtigen. All dies deutet darauf hin, dass russische Verteidigungsunternehmen ihre Produkte weiterhin produzieren werden", fasste Connolly zusammen.



https://novorosinform.org/content/images/68/96/46896_720x405.jpg

16:32 de.rt.com: **Lugansk kündigt Säuberung im Asot-Werk an: Aus Fehlern von Asow-Stahl gelernt**

Der Assistent des Innenministers der Volksrepublik Lugansk, Witali Kisseljow, hat am Donnerstag eine Säuberung des Chemiewerks Asot in der Stadt Sewerodonezk angekündigt. Die Anlage steht bislang unter der Kontrolle ukrainischer Kämpfer. Die Militäroperation der Volksmiliz werde jedoch ohne Eile verlaufen, im Fernsehsender Perwy Kanal sagte Kisseljow am Donnerstag:

"Wir haben bei der Säuberung dieses Geländes keine Eile. Alle Fehler, die es bei Asow-Stahl gegeben hat, sollen berücksichtigt werden."

Der Beamte versicherte, dass die auf dem Betriebsgelände verschanzten Kämpfer keine Chance erhalten würden, sich nach Lissitschansk zurückzuziehen.

Im Interview mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti sagte das Oberhaupt der Volksrepublik Lugansk, dass sich im Asot-Werk in Sewerodonezk schätzungsweise bis zu 1.000 ukrainische Nationalisten aufhielten. Die meisten von ihnen würden sich demnächst ergeben.

Die Stadt Sewerodonezk wird mit Ausnahme des Chemiewerks Asot von der russischen Armee und der Lugansker Volksmiliz kontrolliert. Auf dem Industriegelände haben sich zahlreiche ukrainische Kämpfer verschanzt, die dort nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums hunderte Zivilisten gefangen halten und als menschliche Schutzschilde missbrauchen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ab323648fbef23a9437a30.jp>

g

16:46 de.rt.com: **Gazprom-Chef Miller: Aufnahme der Gaslieferungen durch Nord Stream 2 jederzeit möglich**

Die Erdgasleitung Nord Stream 2 ist technisch voll einsatzbereit, sodass die Gaslieferungen durch die Pipeline nach Europa, darunter auch nach Deutschland, jederzeit aufgenommen werden könnten. Darauf wies der Vorstandsvorsitzende und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende des russischen Energiekonzerns, Alexei Miller, beim Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg hin. Er sagte:

"Nord Stream 2 steht unter Druck und kann auch heute noch Gas nach Deutschland liefern."

Die fehlende Zertifizierung mache die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 bisher jedoch unmöglich, beklagte Miller. Der Gazprom-Chef betonte zudem, dass die aktuellen Preisrekorde und die extrem hohe Volatilität auf den Rohstoffmärkten unter anderem auf die Entscheidungen der europäischen Regulierungsbehörden zurückzuführen seien. Er erinnerte auch daran, dass der russische Konzern Europa vor der Illiquidität der Spotmärkte im Voraus gewarnt habe, da Gas im Gegensatz zu Öl kein klassischer Börsenartikel sei.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ab3ddc48fbef23a9437a49.jpg>

18:07 (17:07) novorosinform.org: **In Charkow wurden 11 Jahre lang Experimente an psychisch Kranken durchgeführt - Verteidigungsministerium der Russischen Föderation**

Seit 2011 forschen ukrainische Spezialisten unter der Schirmherrschaft der Vereinigten Staaten an Patienten in psychiatrischen Krankenhäusern in Charkow. Diese Erklärung wurde vom Leiter der Strahlen-, Chemikalien- und Bioschutztruppen der RF-Streitkräfte, Igor Kirillov, abgegeben.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums war eine der Organisatorinnen von Experimenten an psychisch kranken Patienten die Amerikanerin Linda Oporto Al-Harun. Die US-Bürgerin besuchte mehrfach die mit Pentagon-Geldern errichtete Außenstelle des Meref-Labors in Sorokowka bei Charkow.

Zuvor sagte Kirillov bereits, dass in einer der ukrainischen Nervenheilanstalten Menschen unter Berücksichtigung von Alter, Nationalität und Immunstatus für Experimente ausgewählt worden seien. Dabei wurden die Informationen nicht in der Datenbank erfasst, und die Mitarbeiter mussten eine Geheimhaltungserklärung abgeben.



https://novorosinform.org/content/images/69/02/46902_720x405.jpg

17:24 de.rt.com: **Stellvertretender Regierungschef Russlands: Mehrheit europäischer Gazprom-Kunden stellt auf Gaszahlungen in Rubel um**

Nach der Einführung des neuen Zahlungsmechanismus für Gaslieferungen an die sogenannten unfreundlichen Staaten wird inzwischen bereits fast das gesamte Gasvolumen, das Gazprom nach Europa liefert, in Rubel bezahlt. Dies teilte der stellvertretende russische Ministerpräsident Alexander Nowak am Rande des Internationalen Wirtschaftsforums in Sankt Petersburg mit. Er wird von der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitiert:

"Diejenigen, die den Wunsch geäußert haben, umzustellen, haben umgestellt. Ich denke, vom Gesamtverbrauch sind es ungefähr 90–95 Prozent."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ab2dc048fbef77e3123893.jpg>

Der stellvertretende russische Ministerpräsident Alexander Nowak bei einem Online-Ministertreffen der OPEC- und Nicht-OPEC-Länder in Moskau

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 16. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In 34 befreiten Ortschaften wurden **Renten- und Sozialzahlungen** durchgeführt. Spezialisten des Arbeits- und Sozialministeriums haben weitere 1849 Anträge auf

Wiederaufnahme und Festsetzung von Renten und materieller Unterstützung angenommen. 6978 Menschen haben befristete Arbeitsverträge erhalten, 212 Menschen haben sich bei den Arbeitsämtern eintragen lassen.

In Mariupol und Wolnowacha wurden Arbeiten zur Inbetriebnahme von Kommunikationsausrüstung der Mobilfunkoperators „Phönix“ durchgeführt.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 3000 Menschen.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 5 Hektar Territorium untersucht und 111 explosive Objekte entschärft.**

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben in Krasnyj Liman und Perschotrawnewoje 1724 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:39 de.rt.com: **Syrische Bauern im Nordosten leiden unter Ausfuhrverbot der US-Okkupationsmacht**

Trotz wiederholter Proteste der legitimen syrischen Regierung in Damaskus setzt die USA ihre Besetzung einiger Gebiete im Norden Syriens unter dem Deckmantel der syrisch-kurdischen Miliz YPG fort – mit negativen Konsequenzen für die Lokalewirtschaft.

Syrische Bauern der Provinz al-Hasaka im Nordosten des Landes beklagen sich über das von den Vereinigten Staaten verhängte Ausfuhrverbot in die von der syrischen Regierung kontrollierten Gebiete. Die USA kontrollieren die Region mittels ihrer kurdischen Verbündeten, wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua ergänzend berichtet. Zudem plage eine Dürre die Bauern.

Vor dem Krieg trug die Provinz al-Hasaka, die als Brotkammer des Landes gilt, mit einem Anteil von 36 Prozent zur gesamten Getreideproduktion des Landes bei. Ein Großteil der Provinz steht jedoch seit 2015 unter der Kontrolle der syrisch-kurdischen YPG-Miliz. Der Vorsitzende des lokalen Bauernverbandes Abdul-Hamid Karaku erklärte gegenüber Xinhua: "Die ausländischen Interventionen der USA und ihrer Verbündeten sowie die Dürre haben die Landwirte in Schwierigkeiten gebracht, und sie haben Schwierigkeiten, ihre Produkte zu verkaufen."

Diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Blockade durch die USA hätten das Leben der Bauern enorm verschlechtert und seien eine Last für sie und ihre Familien. Die USA stationierten ab dem Jahr 2014 im Namen des angeblichen Kampfes gegen die islamistische Terrormiliz IS eigene Truppen in den Gebieten ihrer kurdischen Verbündeten. Die syrische Regierung in Damaskus wurde davor jedoch nicht konsultiert. Ganz im Gegenteil kritisierte man in Damaskus häufig die US-Präsenz im Land als unerwünschte und völkerrechtswidrige Okkupation.

Verschiedene prosyrische Medien beschuldigten die US-Truppen und ihre kurdischen Alliierten, syrisches Erdöl, Erdgas und Weizen zu stehlen. Angeblich sollen sie sogar systematisch große Brände in Weizen- und Gerstenfelder in den nordöstlichen Provinzen gelegt haben. Syrische Vertreter sprachen von bis zu 200.000 Barrel syrischen Erdöls, das die USA stehlen würden.

Eine seit Jahren anhaltende Dürre verschlechtert weiter die ohnehin schon aufgrund der geopolitischen Umstände schwierige Lage der in von den USA besetzten Gebieten lebenden Bauern, die ihre Ernte nicht in jene von der syrischen Regierung kontrollierten Gebiete

exportieren dürfen. Der für Landwirtschaft zuständige Provinzbeamte Ali Machlouf erklärte dazu gegenüber Xinhua:

"Die von den USA unterstützten Milizen haben die Lieferung von Getreide in die Regierungsgebiete verhindert."

Die Vereinten Nationen warnten bereits im Februar, dass Syrien in diesem Jahr weltweit an erster Stelle der zehn Länder mit der größten Ernährungsunsicherheit steht. 12 Millionen Menschen haben nur begrenzten oder unsicheren Zugang zu Nahrungsmitteln. Die Wirtschaft des Landes befindet sich der UNO zufolge in einer "Abwärtsspirale". Die Lebensmittelversorgung des Landes wird durch die Verteuerung von Getreide und Düngemitteln infolge des Ukraine-Krieges weiter verschärft. Abdullah Hussein, ein örtlicher Bauer, beklagte sich:

"Wir in al-Hasaka leiden unter der seit zwei Jahren anhaltenden Dürre, und davor hatten wir unter Kriegen und Bränden sowie den Auswirkungen der US-Streitkräfte und Sanktionen zu leiden."

Karmo Ali, ebenfalls Landwirt, sagte, die Dürre habe ihn gezwungen, sein Weizenfeld wegen des ausgebliebenen Regens unbepflanzt zu lassen:

"Das Land ist unfruchtbar, das ist unsere Realität hier. Die meisten Menschen wurden vertrieben, weil es weder Arbeitsplätze noch Ernten gibt, und die Situation ist absolut schlimm geworden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ab25cf48fbef7024660f43.jpeg>

abends:

19:00 (18:00) novorosinform.org: **Kiew sollte alle Risiken abwägen, wenn es den Beschluss der Krimbrücke ankündigt – Lawrow**

Mit der Androhung eines Angriffs auf die Krimbrücke müssten die ukrainischen Behörden auch die Schwere der Folgen verstehen. Dies erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow.

Er äußerte die Hoffnung, dass es neben Politikern, die verantwortungslos verlangen, die Ukraine mit allem zu versorgen, "es noch Militärs gibt, die verstehen, worum es geht" und sich der damit verbundenen Risiken bewusst sind.

Lawrow bemerkte auch, dass Russland jede Äußerung „zur Kenntnis nimmt“, die eine potenzielle Bedrohung für die Russische Föderation darstellt.

„Und ich bin überzeugt, dass all diese Pläne komplett scheitern werden“, schloss er.



https://novorosinform.org/content/images/69/07/46907_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 16.06.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 200 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-, 82mm und 60mm-Mörsern **abgefeuert**. Die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starb ein Zivilist und 6 wurden verletzt**. 17 Wohnhäuser, 7 zivile Infrastrukturobjekte und 3 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Zerstörung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Haubitzen M-777, 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 – „Grad“, 2 Lastwagen und mehr als 30 Mann. 3 Feuerstellungen des Feindes im Gebiet von Awdejewka wurden beseitigt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 4 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 15 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

19:30 de.rt.com: **Macron sichert Kiew weitere schwere Geschütze zu**

Paris wird Kiew über die zwölf bereits gelieferten CAESAR-Haubitzen hinaus von der kommenden Woche an sechs weitere schwere Geschütze für den Kampf gegen Russland im Ukraine-Krieg bereitstellen. Dies kündigte der französische Staatschef Emmanuel Macron am Donnerstag am Rande des Treffens mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij in Kiew gegenüber dem TV-Sender BFMTV an. Dabei hob Macron hervor, dass Frankreich auf die Wünsche des ukrainischen Präsidenten nach Waffen zur Landesverteidigung immer zeitnah reagiert habe.

Die auf Lastwagen montierten CAESAR-Geschütze mit einem Kaliber von 155 Millimeter können mit der verwendeten Munition Ziele in einer Entfernung von bis zu 40 Kilometern präzise treffen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ab4a24b480cc132b77cbfc.jpg>

CAESAR-Haubitze der französischen Streitkräfte bei der internationalen Verteidigungs- und Sicherheitsmesse Eurosatory in Villepinte bei Paris, 12. Juni 2022